

# REFORM UND TRANSFORMATION

SOZIAL-MARKTWIRTSCHAFTLICHE REFORM  
IN DEUTSCHLAND  
ANFANG DER 50ER JAHRE UND  
DIE TRANSFORMATION  
IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK  
IN DEN JAHREN 1990–1997



*Texte zum Kolloquium am 6. März 2001  
Veranstalter: Liberální Institut in Zusammenarbeit mit Walter Eucken Institut  
und Friedrich-Naumann-Stiftung*

## INHALT

Hagen Graf Lambsdorff .....	5
EINFÜHRUNG	
Otto Graf Lambsdorff .....	7
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND WOHLFAHRTSSTAAT	
Lüder Gerken .....	16
WOHLSTAND FÜR ALLE – WOHLSTAND DURCH WETTBEWERB LUDWIG ERHARDS KONZEPTION EINER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND DIE KRISE DES SOZIALSTAATS	
Nobert Berthold .....	23
OSTDEUTSCHLAND UND MEZZOGIORNO	
Václav Klaus .....	30
ANMERKUNGEN ZUM AUFTRETEN AM KOLLOQUIUM „REFORM UND TRANSFORMATION“ (DEUTSCHLAND IN DEN 50ER JAHREN UND DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK IN DEN 90ER JAHREN)	
Jiří Schwarz .....	35
REFORM, TRANSFORMATION UND DRITTER WEG	
Miroslav Ševčík .....	66
WIRTSCHAFTSTRANSFORMATION IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK KOLLEKTIVISMUS UND PATERNALISMUS VERSUS INDIVIDUALISMUS	

ZDEŇKA TALÁBOVÁ (ED.)

## REFORM UND TRANSFORMATION

Prag 2003

**Herausgeber:** Liberální institut, Spálená 51, 110 00 Praha 1  
als 50. Publikation

**Deutsche Übersetzung:** Zdeňka Talábová, Brigitte Lacinová

**Satz und Layout:** Proxima Studio s. r. o., Velehradská 19, 130 00 Praha 3

**Umschlag:** Daniel Purmann

ISBN 80–86389–29-4

**HAGEN GRAF LAMBSDORFF****EINFÜHRUNG**

Herr Präsident des Abgeordnetenhauses, meine Herren Gastgeber, verehrte Damen und Herren,

ich bin den beiden Instituten außerordentlich dankbar, dass sie mir die Gelegenheit geben, hier ein paar Worte des Willkommens zu sagen und eine Konferenz zu eröffnen, die sich mit der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland in den frühen Jahren unserer Republik und mit der Transformation hier in der Tschechischen Republik, die wir als Miterlebende zur Zeit jeden Tag erleben, befasst. Wie wir wahrscheinlich von den Sprechern des heutigen Tages hören werden, war es die weise Voraussicht und gleichzeitig auch die Kühnheit von Männern, wie Ludwig Erhard und Professor Müller-Armack, von Otto Schlecht und Hans Tietmeyer (die beide damals noch sehr jung waren), die Deutschland nach einem fürchterlichen Krieg wieder in eine Position gebracht haben, die man hinterher „das Wirtschaftswunder“ nannte. Deutschland hatte zuvor über ganz Europa hinaus, Entsetzliches gebracht, war nach dem Krieg selbst völlig zerstört und lag in Ruinen. Diese Männer hatten damals die Weitsicht, die richtigen Entscheidungen zu treffen und mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft dieses Land aus einer tiefen wirtschaftlichen, aber auch moralischen Erniedrigung heraus zu führen.

In der damaligen Tschechoslowakei war die Lage etwas besser. Es hat aber nur drei Jahre gedauert, bis hier ein System die Herrschaft übernommen hat, die dann in nur 41 Jahren in der Lage war, in einem Lande, das zwischen den beiden Weltkriegen eines der technischen und wirtschaftlichen Kraftzentren Europas gewesen war, die wirtschaftlichen Fähigkeiten fast an den Rand des Nichts zu bringen.

Nunmehr, nach der samtenen Revolution, musste dieses Land ganz von vorn anfangen. Ich kann nur sagen, bei allen Schwierigkeiten und bei allen Schwachpunkten, die es heute in der Tschechischen Republik noch gibt, ist es doch ganz enorm, was hier geleistet worden ist. Die Vorbereitungen auf den Beitritt zur

*Reform und Transformation*

Europäischen Gemeinschaft sind so gut wie abgeschlossen und es wird nicht mehr lange dauern bis dieses Land mit uns gemeinsam Mitglied nicht nur in der NATO, sondern auch in der EU sein wird. Ich kann der Tschechischen Republik und ihrer Regierung zu dem, was Außergewöhnliches sie geleistet hat, nur gratulieren. Meine Damen und Herren, wenn deutsche Sportreporter über einen Fußballspieler berichten, der in einem Spiel zwei Tore schießt, dann nennen sie das ein „Doppelpack“. Ich weiß nicht, ob sich dieses Wort ins Tschechische übersetzen lässt, und ich habe das Gefühl, sie haben heute hier zwei Lambsdorffs auszuhalten, ich hoffe nur, sie werden es überstehen. Ich freue mich jedenfalls auf einen interessanten Nachmittag und bedanke mich.

*Reform und Transformation*

## OTTO LAMBSDORFF

## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND WOHLFAHRTSSTAAT

Das Thema, dass ich mir gestellt habe, oder das mir vielmehr von den Veranstaltern gestellt worden ist, heißt "Reform und Transformation". Ich will mich daran nicht festhalten was wir in der Bundesrepublik Deutschland mit der sozialen Marktwirtschaft getan, erreicht oder auch nicht erreicht haben. Ich möchte versuchen dieses Thema etwas grundsätzlicher anzugehen.

Meine Damen und Herren, es gab Zeiten da wurde Deutschland von der ganzen Welt um die soziale Marktwirtschaft beneidet. Das scheint heute nicht mehr der Fall zu sein. Statt dessen werden Diskussionen darüber geführt ob nicht ein vermeintliches angelsächsisches Modell die bessere Alternative sei, wobei es oft zu Missverständnis darüber kommt, was wohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland vor sich geht. Das Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten ein reformmüdes Land mit im internationalen Vergleich hohen Arbeitslosenzahlen und niedrigen Wachstumsraten war hat den Eindruck verstärkt, dass die Tugenden der sozialen Marktwirtschaft wohl nicht so hervorragend sind. Trägt daran aber wirklich die soziale Marktwirtschaft Schuld? Das Problem der sozialen Marktwirtschaft scheint mir heute das Folgende zu sein: erstens – sie hat die falschen Freunde, und zweitens – sie hat die falschen Feinde.

Die falschen Freunde dominieren leider heute in der politischen Praxis in Deutschland. Für sie bedeutet der Begriff "sozial", dass man der Marktwirtschaft beliebig wohlfahrtsstaatliche Elemente aufpfropfen kann, wenn es guter Wille oder der Druck organisierter Interessengruppen verlangen. Eine solche Auffassung geht davon aus, dass das Leben von Staates Gnaden irgendwie moralisch und einem Leben auf eigenen Beinen vorzuziehen sei. Mit sozialer Marktwirtschaft hat das Nichts zu tun.

Die falschen Feinde haben viele konkrete Probleme der Praxis zwar anvisiert, lasten sie aber dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft als solcher an. Sie loben die freie, wenn nicht gar die adjektivlose Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft ist aus

*Reform und Transformation*

dieser Sicht nur noch ein schwächliches Kompromissprodukt bei dem man den Markt mit dem Sozialismus vermengt. So sehr ich die Kritik vieler solcher Feinde der sozialen Marktwirtschaft, einer real existierenden Wirtschaftspolitik in Deutschland teile, so sehr möchte ich mich dagegen verwahren, dass dies dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft anzulasten sei. Man kann, wenn man die Diskussion um bloße Worte liebt, darüber streiten, ob die Verwendung des Begriffs "soziale Marktwirtschaft" immer noch sinnvoll ist, weil diejenigen, die diesen Begriff in der Politik permanent missbrauchen leider zur Zeit die Meinungshoheit haben. Ich glaube allerdings, dass dieser Begriff durch seine Verbindung mit dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit von seinem Architekten Ludwig Erhard immer noch sinnvoll verwendbar ist.

Es geht aber nicht nur um Worte, es geht um die Sache selbst. Was die Sache angeht, da sollte eigentlich jeder, dem die freie Marktwirtschaft am Herzen liegt, dafür dankbar sein, was die Theorie der sozialen Marktwirtschaft für ihn leisten kann. Wer sich die Mühe macht, die Schriften und die gesammelten Reden Ludwig Erhards zu studieren, der stellt fest, dass Erhard – scheinbar wahllos – sowohl den Begriff soziale Marktwirtschaft als auch den Begriff freie Marktwirtschaft zur Beschreibung seines wirtschaftspolitischen Erfolgsrezeptes anwandte. War dies Ausdruck mangelnder gedanklicher Klarheit? Wohl kaum. Ludwig Erhard war einer der ökonomisch versiertesten Staatsmänner, die Deutschland je hervorgebracht hat. Nein, Erhard sah hier schlichtweg keinen Widerspruch. Die soziale Marktwirtschaft war für ihn ein Mittel den freien Markt überhaupt erst zu errichten. Keiner der Schöpfer der sozialen Marktwirtschaft, zu denen so große Ökonomen wie Walter Eucken oder Wilhelm Röpke gehörten, hat sich dessen schuldig gemacht, was überschwänglich adjektivlose Marktwirtschaftler ihnen gerne unterstellen. Sie haben nicht die von John Stuart Mill im 19. Jahrhundert erdachte Trennung von Produktion (die dem Markt überlassen werden sollte) und der Distribution (die der Staat zu regeln hatte) übernommen. Der Markt war für sie, ganz im Geiste der marginalistischen österreichischen Schule der Nationalökonomie, etwas Ganzes und Unteilbares. Im Grunde wollten sie trotz allen kritischen und oft überzogenen Anmerkungen, die sie manchmal über den Liberalismus

*Reform und Transformation*

des 19. Jahrhunderts machten, dasselbe, was der klassische Liberalismus schon immer wollte – nämlich eine Raumordnung in der sich der Markt ungehindert und unverzerrt entfalten kann etwa durch ein Eigentums- oder Vertragsrecht.

Dahinter steckt die Erkenntnis, die heute den modernen Ökonomen der Public-Choice-Schule völlig selbstverständlich vorkommen dürfte, aber früher eben nur sehr unvollkommen durchdacht worden war: dass Märkte nicht isoliert existieren, sondern mit politischen Institutionen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Beziehung stehen. Man kann davon träumen, dass Märkte in einem anarchokapitalistischen Rahmen ohne Staat funktionieren. Da gebe es dann die freie Marktwirtschaft pur. Ob eine solche Vision, von der vielleicht jeder echter Liberaler ab und zu mal träumt, irgendwie stabil und praktikabel sein könnte und vor allem Kritikern des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft überhaupt als wünschenswert erachtet wird, bleibt zweifelhaft. In der realen Welt, in der wir uns schließlich – und daran muss man manche Leute ja ab und zu erinnern – hier und heute befinden, ist eine freie Marktwirtschaft ohne diese Rahmenbedingungen bloß eine leere Theoriehülse. Walter Eucken hat in seinem großartigen Buch über die Grundlagen der Wirtschaftspolitik, das 1952 erschien, von Interdependenz der Ordnungen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gesprochen, die es jetzt stets zu beachten gilt. Die Interdependenz erfordert, dass diese Sphären nicht gegeneinander wirken sondern in einem harmonischen Verhältnis zueinander stehen sollen. Um ein negatives Beispiel zu nennen: wer eine Planwirtschaft will der braucht dazu, wenn sie überhaupt einigermaßen funktionieren soll, ein stimmiges, totalitäres Regime in der Politik. Positiv, wer eine Marktwirtschaft will, der braucht einen Rechtsstaat mit begrenzter Macht. Das ist der Clou des Ganzen.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass der Staat die Marktform diktiert. Das ist das absolute Gegenteil dessen, was man dem Konzept gerne unterstellt. Es geht eben nicht darum, der Marktwirtschaft staatliche Interventionismen aufzupropfen und den Marktprozess zu verzerren. Es geht darum, dass der Markt optimal, und damit sozial zum Wohle Aller funktioniert. Wir sehen in vielen Drittweltländern und auch in vielen Transformationsländern des ehemaligen Sowjetimperiums, dass gut gemeinte marktlibera-

*Reform und Transformation*

le Maßnahmen in einem nicht liberalen politischen Umfeld verheerende Folgen haben können. Die Freigabe von Preisen in Russland, die zu Beginn der Transformation im Rahmen einer nicht privatisierten Wirtschaft ohne Rechtsrahmen und ohne jeglichen Wettbewerb erfolgte, war im Sinne der sozialen Marktwirtschaft eine unsoziale Tat. Auch zum Beispiel führt ein freies Preisspiel, was an sich natürlich wünschenswert ist, unter einem protektionistischen Außenhandelsregime zu etwas was man ehrlicherweise Ausbeutung nennen sollte.

Ein Bereich in dem es zwischen den Gegnern und Verfechtern der freien oder adjektivlosen Marktwirtschaft Differenzen geben könnte ist die Frage eines unabhängigen Rechtsbereichs des Wettbewerbs- und Kartellrechts. Ist es richtig, dass der Staat einen Wettbewerb schaffen soll, wo der doch eigentlich urwüchsig entstehen sollte? Ich gebe zu, auch dieser Bereich hat in der Form des Konzeptes der managed competition, dass im Augenblick gerade die sinnvolle Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft in Kalifornien als angebliches Marktversagen diskreditiert, seinen Missbrauch in der praktischen Politik erfahren. In Deutschland waren die Theoretiker und Praktiker der sozialen Marktwirtschaft in der Tat sehr um die Kartelle und Monopole besorgt. Ich gebe zu, dass da manches vielleicht überzogen klang. Die Frage, ob ein wirklich sozial und ökonomisch unverträgliches Monopol oder Kartell in einer freien Marktwirtschaft überhaupt entstehen, oder sich lange halten kann, ist erlaubt. Um fair zu sein, sollte aber hinzugefügt werden, dass auch die Väter der sozialen Marktwirtschaft genau wussten, dass Kartelle und Monopole meist Folgen staatlichen Eingriffs sind. So stellte etwa Wilhelm Röpke in aller Klarheit dar, dass der Protektionismus, der Vater aller Kartelle sei. Würden Röpke, Erhard oder Eucken auferstehen und in das heutige Deutschland zurückkehren, sie wären über die Durchdringung der deutschen Wirtschaftspolitik durch künstliche Kartelle entsetzt. Sie wären entsetzt über das gesetzliche Tarifkartell von Großverbänden der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, dass eine verheerende Lohnstruktur und gravierende Marktabschottung produziert hat. Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass dieses Ausgrenzungskartell für den Großteil der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich ist. Genau gegen solche Formen

*Reform und Transformation*

der unsozialen Machtausübung im Wirtschaftsprozess mussten die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft Sturm laufen. Solange es überhaupt eine Interdependenz zwischen Markt und Staat gibt, eine Interdependenz, die de facto nicht abzuschaffen ist, solange bedarf es auch eines permanenten Nachdenkens darüber, wie Markt und Wettbewerb politisch gesichert werden sollen. Es ist angesichts der Tatsache, dass jeder Staat per se den Markt verfälscht, verzerrt und korrumpiert sinnvoll, dass es im politischen System institutionalisierte Mechanismen der Selbstkorrektur gibt, um Fehlentwicklungen zu begegnen. In diesem Sinne hat ein eigenes Wettbewerbsrecht seinen Platz in jeder Wirtschaftsordnung, dem es an einem echten freien Markt gelegen ist.

Was die Väter der sozialen Marktwirtschaft also leisteten ist nichts anderes als eine echte Theorie der Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft. Dabei hatten sie ein Problem, dass sie oft selbst nicht wahrhaben wollten, dass aber nicht nur der sozialen Marktwirtschaft anhaftet sondern auch der freien – solange sie nicht offen anarchistisch gedacht ist.

Kein staatliches System kann nie wirklich das Ideal der Marktkonformität erreichen auch nicht in einem auf Schutz der inneren und äußeren Sicherheit reduzierten Minimalstaat, den die Anhänger der freien oder adjektivlosen Marktwirtschaft anstreben. Das Ideal der Marktkonformität oder Neutralität lässt sich nie absolut sondern nur komparativ erreichen. Auch in der adjektivlosen Marktwirtschaft müssen zum Beispiel Steuern erhoben werden. Steuern sind aber a priori nicht marktkonform. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft liefert hier aber einen klaren Ansatz, über den man zwangsläufig auftretenden Schaden politisch minimieren kann. Es ist nicht nur, wie es die Anhänger der freien Marktwirtschaft durchaus zurecht fordern, eine Lehre der verringerten Quantität der Staatseingriffe, es ist darüber hinaus eine Lehre der verbesserten Qualität auf das Notwendige reduzierter Eingriffe. Damit kann man in vielen Bereichen unter realistischen Umständen freie Marktwirtschaftspolitik erreichen. Man weiß, wenn schon Steuern nötig sind, dass die Konsumbesteuerung immer noch weniger schädlich ist als die Einkommensbesteuerung. Man weiß, dass im Umweltschutz handelbare Emissionsrechte effizienter sind als detaillierte technische Vorgaben. Man

*Reform und Transformation*

weiß, dass Bildungsgutscheine und Wettbewerb bessere Bildung schaffen, als ein Monopol des Staates. Man weiß, dass ein Sozialsystem besser auf genossenschaftlicher Basis oder Privatversicherung beruhen sollte, anstatt auf staatlichen Zwangssystemen, die künftige Generationen ausbeuten. Man weiß das alles, und sollte die Politik dementsprechend gestalten. Über die institutionelle Gestaltung des Staates zu diesem Zweck haben Ökonomen wie Röpke schon in den 50. Jahren Ideen entwickelt, die wir heute erst richtig zu schätzen beginnen. Seine Idee, dass zur wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft auch ein Staat gehöre, der durch Zentralisierung selbst dem Wettbewerb ausgesetzt sein sollte, hat durch den zunehmenden Zentralismus der EU an Aktualität gewonnen. Röpke hat sich bereits Anfang der 60. Jahre recht skeptisch über das europäische Projekt zu großer politischer Integration geäußert.

Wir sehen heute in vielen Transformationsländern des Bereichs der ehemaligen kommunistischen Gewaltherrschaft, dass es in der Politik oft gerade an dem fehlt, was die Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft, so richtig als Ergänzung des sonst blutleer bleibenden Konzepts der freien Marktwirtschaft anführten; nämlich Blick für das Ganze, für die gesamten Ordnungsbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies erfordert von dem Politiker, der mit dieser Aufgabe betraut ist, eine umfassende Vision. Bei der Durchsetzung seines Transformationsprojektes hatte es Ludwig Erhard allerdings leichter als die Reform in Osteuropa heute. Die 12 Jahre nationalsozialistischer Tyrannei bis 1945, hatten die Reste der bürgerlichen Kultur noch nicht so tiefgreifend zerstört, wie die Jahrzehnte des Kommunismus in Osteuropa. Sowohl bei den staatlichen Vorbedingungen: es gab zum Beispiel auch unter Hitler noch das BGB, das Aktiengesetz oder die Konkursordnung, als auch bei den gesellschaftlichen Bedingungen. Es gab noch so etwas wie ein Unternehmertum. Es waren noch Voraussetzungen vorhanden, auf denen aufgebaut werden konnte. Ludwig Erhard befand sich auch, als er 1948 die soziale Marktwirtschaft und das Wirtschaftswunder lancierte, in einer eigenartig günstigen Situation. Die berühmte Währungsreform von 20. Juni 1948, die wieder eine stabile Währung einführte, war von den Westalliierten gleich selbst organisiert worden. Die Reform, die dies alles dann mit Le-

*Reform und Transformation*

ben erfüllt hat, nämlich die Freigabe der Preise, hat Erhard als Vorsitzender des Wirtschaftsrates, in einer Nacht- und Nebelaktion, ebenfalls unter dem Besatzungsrecht der Alliierten überaus autoritär angeordnet. Damals, in Juni 1948, fragte General Clay den Direktor für Wirtschaft, Professor Ludwig Erhard, ganz entsetzt: "Herr Professor, sie haben unsere Vorschriften eingeschränkt." Erhards Antwort: "Nein, Herr General, ich habe sie abgeschafft." Die autoritäre Herrschaft hat die Kohärenz der Durchsetzung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft stark gefördert. Die damaligen Vorgänge erinnern an Gottfried Haberlers wundervollen Aufsatz "How To Be a Benevolent Dictator". Erhard selbst bemerkte einmal, dass ihm alles dies unter den Bedingungen des späteren parlamentarischen Betriebes in Deutschland nie gelungen wäre. Aber er hätte nie im Traum daran gedacht etwas anderes als den demokratischen Rechtsstaat zu wollen. Und damit komme ich zu einem oft vergessenen Punkt. Bei der Interdependenz der Ordnungen geht es nicht nur um den Zusammenhang von Staat und Markt; auch die Gesellschaft spielt als Ordnungspotenz eine Rolle. Freiheit muss von den Menschen allgemein akzeptiert und selbstbewusst erlebt sein oder sie ist gefährdet. Eine Demokratie ist bei allen Problemen, die sie auch schafft, immer noch die beste oder wie Churchill sagte, die am wenigsten schlechte Regierungsform, um ein solches Bürgerbewusstsein zu schaffen. Es bedarf einer Bürgergesellschaft, wobei ich hier nicht missverstanden werden möchte. Im politischen Diskurs wird Bürgergesellschaft, oder civil society, häufig wohl nicht nur in Deutschland sondern auch in Tschechien, mit mehr politischer Mitbestimmung gleichgesetzt. Aber so einfach ist das nicht. Auch die Sphäre der Demokratie muss wie alle Machtausübung beschränkt werden, Selbstbestimmung geht immer vor Mitbestimmung. Es geht viel mehr darum, dass der Bürger eine Verantwortung empfindet stolz auf Eigenleistung zu sein und seine Probleme nicht bequem auf das Abstraktum – Gesellschaft – abwälzen kann. In diesem Sinne schätze ich Margareth Thatchers Bemerkung, "there is no such thing as society". USA und die Schweiz sind sicher Vorbilder für ein liberales Verständnis einer Bürgergesellschaft.

In einem Großteil von dem, meine Damen und Herren, was ich bisher gesagt habe, werden die Anhänger der Marktwirtschaft,



*Reform und Transformation*

egal ob mit oder ohne Adjektiv, übereinstimmen. Doch muss es denn ausgerechnet der Begriff "sozial" sein, der hier als Adjektiv angehängt wird? Ich bin mir wohl bewusst, dass ich mich im Widerspruch zu einem von mir bewunderten liberalen Denker stelle, nämlich Friedrich August von Hayek. Hayek sagte, das Wort "sozial" habe nicht nur keinen Sinn, sondern es beraube auch jedes Wort seines Sinnes an dem es angehängt wurde. Das sei ein Wieselwort. Dementsprechend ist eine soziale Marktwirtschaft eben keine Marktwirtschaft mehr. Ich gebe zu, dass Hayek recht hatte, was den heute gängigen Gebrauch des Wortes "sozial" angeht. Da es in der Tat nur eine pseudomoralische Floskel ist, die zur Einforderung von Ansprüchen gegenüber der Politik verwendet wird. Hayek meinte, er habe alle Quellen studiert und nur derartiges gefunden. Gemessen an diesem Anspruch Hayeks verwundert es eigentlich sehr, dass er dabei ausgerechnet eine Stelle, bei dem von ihm sonst so hoch gehaltenen Edmund Burke aus dem Jahre 1790, übersehen hat. Sie stellt jede klare Verbindung der Begriffe Freiheit und sozial her, die Hayek leugnet. Ich zitiere: "Die Freiheit, die ich meine, ist die soziale Freiheit. Es ist der Stand der Dinge, in dem die Freiheit durch die Gleichheit der Begrenzung gesichert ist. Eine Verfassung der Dinge, in der die Freiheit keines Menschen und keiner menschlichen Gemeinschaft und keiner Anzahl von Menschen, Mittel zum Übergriff gegen die Freiheit irgendeiner Person oder irgendeiner Gruppe von Menschen in der Gesellschaft finden kann. Diese Art von Freiheit ist in der Tat ein anderer Name für Gerechtigkeit. Festgelegt durch weise Gesetze, und gesichert durch wohlgestaltete Institutionen." Ende des Zitats von Edmund Burke.

Man vergesse nicht das Wort "sozial" leitet sich aus dem lateinischen "societas" ab, also Gesellschaft. Eine soziale Maßnahme kommt der ganzen Gesellschaft zugute. Sie kann sich dabei in einer Welt eigentlich nur am allgemeinen Freiheitspostulat orientieren. Die Bedienung von Partikularinteressen, die man heute mit dem Begriff "sozial" verbindet, stellt schon rein etymologisch einen Wortmissbrauch dar. Hayek hatte Unrecht: eigentlich handelt sich hier um einen klaren Begriff der nur leider für ein dubioses politisches Ziel umfunktioniert wurde. Ich kann verstehen, dass Ökonomen, die den Missbrauch des Begriffes in der Politik täglich

*Reform und Transformation*

sehen, heute lieber Euckens Terminus "Ordnungspolitik" statt soziale Marktwirtschaft verwenden. Sie tun damit auch nichts Unrechtes. Denn es geht genau auch darum, die Ordnung von Gesellschaft, Politik und Marktwirtschaft in Einklang zu bringen. Die Chancen, ein populäres Schlagwort zu werden, hat dieser Begriff aus der trockenen Sprache der Ökonomen allerdings wohl kaum. Da fährt man mit der sozialen Marktwirtschaft besser. Oder man verfare wie Erhard, der die freie und die soziale Marktwirtschaft auf seinen Banner schrieb. Nehmen wir den Begriff soziale Marktwirtschaft als die Chance für ein umfassendes Programm der Freiheit. Es steckt dahinter immer noch ein wenig Glanz von Utopie und unrealisiertem Erbe. Das Deutschland heute kein wirtschaftspolitisches Musterland mehr ist hat nichts damit zu tun, dass dort die soziale Marktwirtschaft herrscht. Es hat eher etwas damit zu tun, dass wir sie noch nicht wirklich ausprobiert haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



## LÜDER GERKEN

WOHLSTAND FÜR ALLE –  
 WOHLSTAND DURCH WETTBEWERB  
 LUDWIG ERHARDS KONZEPTION EINER SOZIALEN  
 MARKTWIRTSCHAFT UND DIE KRISE DES SOZIALSTAATS

Ich danke Ihnen sehr für die Ehre, heute in Prag über die soziale Marktwirtschaft reden zu dürfen, wie sie Ludwig Erhard auf der Grundlage der Arbeiten von Walter Eucken nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland verwirklicht hat.

Nichts ist so authentisch für die damalige Zeit wie die Gedanken von Ludwig Erhard selbst, der 1949 bis 1963 deutscher Wirtschaftsminister und 1963 bis 1966 deutscher Bundeskanzler war.

Und es gibt ein Buch von Ludwig Erhard, in dem er seine Vorstellung von der sozialen Marktwirtschaft zusammengefasst hat. Es trägt den Titel „Wohlstand für Alle“ und wurde 1957 geschrieben.

Zitate aus diesem Buch werden den Kern meiner Ausführung bilden.

Beginnen möchte ich aber mit einem berühmten Satz von Alfred Müller-Armack, der Ludwig Erhard engster Mitarbeiter war.

Müller-Armack sagte: „Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“

Heutzutage wird dieser Satz häufig, und nicht nur im linkspolitischen Lager, so interpretiert, als sei es Aufgabe des Staates, die Verteilungsergebnisse des Marktes im nachhinein durch soziale Absicherung der Bürger von Staats wegen Sorge zu tragen.

Dabei wird meist wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies auch Erhards Auffassung gewesen sei. Trifft dies aber wirklich zu?

Oder hat Ludwig Erhard unter „sozialer Marktwirtschaft“ etwas ganz anderes verstanden?

Aufschluss gibt Ludwig Erhards berühmtes Buch „Wohlstand für Alle“.

Mit diesem Buch hat Erhard sein wirtschaftspolitisches Vermächtnis für die Nachwelt festgehalten: Es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für „seine“ Wirtschaftspolitik der sozialen Marktwirtschaft, für die Wirtschaftspolitik also, der das deutsche Wirtschaftswunder zu verdanken ist.

Der Titel ist Programm: Es ist gerade nicht Erhards Ziel, das „die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“.

Er will genau das Gegenteil, nämlich Wohlstand für alle Menschen einer Volkswirtschaft.

Und er stellt fest, dass dies nur mit der sozialen Marktwirtschaft möglich sei. Was also versteht Erhard unter „sozialen Marktwirtschaft“? Lesen wir bei ihm nach:

„Das ist der *soziale* Sinn der Marktwirtschaft, dass jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, dass jeder Vorteil aus der Rationalisierung, jede Verbesserung der Arbeitsleistung dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird und einer besseren Befriedigung des Konsums dient“.<sup>1</sup>

Mit anderen Worten: Die Marktwirtschaft ist dann sozial, wenn sie den Wohlstand des ganzen Volkes mehrt, also einen „Wohlstand für Alle“ schafft. So weit wird jedermann zustimmen können.

Nur wie soll das geschehen? Erhard schreibt: „Das vorzüglichste Mittel, dieses Ziel... zu erreichen, ist und bleibt der Wettbewerb; er ist der tragende Pfeiler dieses Systems“.<sup>2</sup> Und: „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt“.<sup>3</sup>

Deshalb wendet er sich – ganz im Einklang mit Walter Eucken – vehement gegen jede Wettbewerbsbeschränkung, gegen Monopole und Kartelle.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht zur Ausschaltung des Wettbewerbs stellt für Erhard nämlich eine Hauptgefahr für den sozialen Charakter der Marktwirtschaft dar:

<sup>1</sup> Wohlstand für Alle, S. 174.

<sup>2</sup> Ibid., S. 164.

<sup>3</sup> Ibid., S. 9.

*Reform und Transformation*

„weil eine echte und ehrlich gemeinte soziale Marktwirtschaft – wobei deshalb der Akzent bewusst auf das Wort „sozial“ gelegt wird – nur dann gewährleistet sein kann, wenn durch den freien Wettbewerb die bessere Leistung den Vorrang vor der schlechteren erhält“.<sup>4</sup>

Fassen wir Erhards Konzept zusammen: Eine Marktwirtschaft, die dem freien Wettbewerb umfassend verschrieben ist, ist aus sich heraus sozial, weil ihr Ertrag allen zugute kommt und sie so Wohlstand für alle Menschen schafft.

Von der Forderung nach einer nachträglichen Korrektur der Verteilungsergebnisse des Marktes durch den Staat kann bei Erhard folglich keine Rede sein. Im Gegenteil: Sie wäre sogar kontraproduktiv, weil sie die Leistungsanreize schmälert und damit die Fähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, Wohlstand für alle zu schaffen, reduziert.

Das ist die Konzeption, die zum deutschen Wirtschaftswunder und damit zum raschen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege geführt hat.

Wie steht Erhard nun zur Sozialpolitik, zur Vorstellung einer umfassenden sozialen Absicherung des einzelnen durch den Staat?

Heute meinen viele, dass nur der Staat – direkt oder durch gesetzliche Zwangsversicherung – soziale Sicherheit geben könne bzw. dürfe, und glaubt, dies sei wesentlicher Bestandteil des „Sozialen“ an der sozialen Marktwirtschaft.

Erhard entwickelt jedoch für sein Konzept der sozialen Marktwirtschaft ein völlig anderes Verständnis von sozialer Sicherheit.

Bereits die Überschrift des 12. Kapitels von „Wohlstand für Alle“ macht dies deutlich: „Versorgungsstaat – der moderne Wahn“.

Erhard schreibt „Soziale Sicherheit ist gewiss gut und in hohem Masse wünschenswert, aber soziale Sicherheit muss zuerst aus eigener Kraft, aus eigener Leistung und aus eigenem Streben erwachsen. Soziale Sicherheit ist nicht gleichbedeutend mit Sozialversicherung für alle, nicht mit der Übertragung der individuellen menschlichen Verantwortung auf irgendein Kollektiv. Am Anfang muss die eigene Verantwortung stehen, und erst dort, wo diese

<sup>4</sup> Ibid., S. 180.

*Reform und Transformation*

nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft ein“.<sup>5</sup>

Erhard legt mithin dar, dass grundsätzlich zunächst einmal der einzelne fähig und daher auch aufgerufen sei, selbst Vorsorge für seine Absicherung zu treffen, etwa über private Versicherungen.

Wie Eucken auch, ist Erhard nicht gegen jede staatliche Sozialpolitik. Nur wendet er sich gegen eine alles und alle vereinnahmende Sozialpolitik.

Warum steht Erhard dem Versorgungsstaat so skeptisch gegenüber? Er schreibt: „Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerbteilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird“.<sup>6</sup>

Es ist also die Sorge um die soziale Marktwirtschaft an sich, um ihre Funktionsbedingungen, die Erhard bewegt: Der Versorgungsstaat lässt bei den Menschen tendenziell diejenigen Verhaltensweisen, insbesondere die Eigeninitiative, verkümmern, ohne die die soziale Marktwirtschaft nicht existiert kann.

Die Folge ist, dass nicht Wohlstand für alle erreicht wird, sondern es immer mehr Menschen immer schlechter geht, bis der Versorgungsstaat nicht mehr finanzierbar ist und an sich selbst kaputt geht.

Erhard hat bereits 1957 festgestellt: „Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschallte. ...Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen“.<sup>7</sup>

Und: „Hat denn das Eindringen des Staates ... in das menschliche Leben ... nun wirklich zur Vermehrung seiner Sicherheit ... und zur Minderung der Lebensangst jedes einzelnen beigetragen? ... Die Sicherheit des einzelnen Menschen – oder mindestens das Sicherheitsgefühl – hat mit der Überantwortung seines Schicksals an

<sup>5</sup> Ibid., S. 273.

<sup>6</sup> Ibid., S. 256.

<sup>7</sup> Ibid., S. 259.

*Reform und Transformation*

den Staat oder an das Kollektiv nicht zugenommen, sondern abgenommen“.<sup>8</sup> Dies schrieb Erhard 1957.

Und heute? Deutschland hat eine Massenarbeitslosigkeit von circa vier Millionen Menschen, und auch die Armut vieler Menschen nimmt zu.

Sozialleistungen von jährlich weit über einer Billion DM haben diese Entwicklung nicht umkehren, ja sie nicht einmal zum Stillstand bringen können.

Wovor bereits Erhard gewarnt hatte, ist eingetreten: In dem Masse, wie der Staat sich zu einem Versorgungsstaat entwickelte, untergrub er die Funktionsbedingungen der sozialen Marktwirtschaft und entfernte sich damit immer weiter von seinem eigentlichen Anliegen: Wohlstand für alle und Vollbeschäftigung.

Neben der Überreglementierung der Wirtschaft durch den immer weniger durchdringlichen bürokratischen Dickicht von Produktionsvorschriften und Genehmigungsvorbehalten mit teilweise mehrjährigen Verwaltungsverfahren (der nicht Gegenstand dieses Beitrages ist) sind es vor allem die sozialpolitisch bedingten Kostensteigerungen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland abschwächen.

Ganz offen zeigt es uns die Globalisierung – deutsche Unternehmen werden immer häufiger Deutschland verlassen und im Ausland investieren. Auch ausländische Unternehmen investieren immer weniger in Deutschland. Als Empfängerländer ausländischer Direktinvestitionen rangieren in Europa nicht nur Großbritannien und Frankreich vor Deutschland, sondern auch kleine Länder wie die Niederlande oder Belgien und sogar Schweden.

Die Wirtschaftsordnungen dieser Länder sind offensichtlich für das international mobile Investitionskapital um einiges attraktiver.

Der Wettbewerb der Ordnungen, der mit der Globalisierung einhergeht, zwingt daher auch in Deutschland zu einschneidenden Reformen des Sozialsystems, die andere Länder wie etwa die Niederlande längst hinter sich gebracht haben.

Nun sagen einige Politiker: „Die Sozialleistungen brauchen nicht gekürzt zu werden. Auch das Auslagern von Leistungen aus

<sup>8</sup> Ibid., S. 262.

*Reform und Transformation*

der Sozialversicherung senkt die Lohnnebenkosten und macht den Standort Deutschland wieder konkurrenzfähig.“

Allein: Wie soll ausgelagert werden? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: die Finanzierung über höhere Steuern oder über höhere Verschuldung.

Mit Steuererhöhungen oder neuen Steuern wie einer Energiesteuer lässt sich offensichtlich eine Kostenentlastung nicht herbeiführen. Denn auch hohe Steuern belasten den Standort Deutschland. Also eine Erhöhung der Staatsverschuldung?

Bereits heute ist der deutsche Staat verschuldet wie nie zuvor in seiner Geschichte. 1998 betrug die Schuldenlast der öffentlichen Hand in Deutschland 2,2 Billionen DM, eine Verdopplung in nur sieben Jahren.<sup>9</sup>

Staatsverschuldung war unter Erhard noch ein absolutes Tabu. Aus gutem Grund. Denn sie verursacht nicht nur Zinslasten, die den Handlungsspielraum des Staates in der Zukunft einengen.

Sie ist vielmehr auch in hohem Masse unsozial und ungerecht, vor allem gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Wenn der Staat Kredite aufnimmt und als soziale Wohltaten an die heutige Generation verteilt, ohne eine alsbaldige Tilgung vorzunehmen, dann handelt er wie ein Vater, der auf den Namen seines Sohnes einen langfristigen Kredit aufnimmt, sich mit dem Geld seine augenblicklichen Wünsche erfüllt und nach seinem Tode den Sohn mit den Schulden zurücklässt; soll der sehen, wie er den Kredit tilgt. Eine Kreditfinanzierung des Versorgungsstaates scheidet daher ebenso aus wie eine Steuerfinanzierung.

Es führt nicht an der Einsicht vorbei: Der Sozialstaat derzeitiger Prägung ist am Ende. Der einzige Ausweg: Die staatliche Versorgung muss auf diejenigen Fälle beschränkt werden, in denen private Vorsorge nicht möglich ist.

Dies war auch Ludwig Erhards Weg. Erhard hat die Ganze Zeit seines Lebens leidenschaftlich für einen Wohlstand *für alle* plädiert. Es ging ihm, noch einmal sei es gesagt, eben gerade nicht darum, „dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“.

Sein Konzept – eine dem Wettbewerb verpflichtete Marktwirtschaft, die dem einzelnen Menschen zutraute und von ihm ver-

<sup>9</sup> Statistisches Jahrbuch 2000, S. 505.

*Reform und Transformation*

langte, sein Geschick im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst in die Hand zu nehmen – ging ab 1948 in einer Weise auf, dass sie Welt von einem „Wunder“, einem „Wirtschaftswunder“ sprach, welches die Massenarbeitslosigkeit und die Armut binnen weniger Jahre vergessen ließ.

Ludwig Erhards Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist heute so aktuell wie 1948. Der Weg aus der heutigen Misere ist bekannt. Er muss nur beschriftet werden.

*Reform und Transformation*

## NORBERT BERTHOLD

## OSTDEUTSCHLAND UND MEZZOGIORNO

Ich will, nachdem uns Herr Graf Lambsdorff und auch Herr Gerken über das, was vor 50 Jahren passiert ist informiert haben, über die Gegenwart reden. Und wenn es geht, auch über die Zukunft. Ich denke, dass der Lackmusest, was die soziale Marktwirtschaft in Deutschland bewirkt oder nicht bewirkt hat nicht nur die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, sondern für mich vor allem die Zeit der Wiedervereinigung ist. Wir müssen uns die Frage stellen, wie ist es denn nun mit der sozialen Marktwirtschaft bei der Wiedervereinigung gewesen? Wurden die Prinzipien, die wir im Laufe der Jahrzehnte entwickelt haben, auch tatsächlich eingehalten? Oder nicht? Es gibt Ökonomen, auch in Deutschland, die sagen: Die Wiedervereinigung ist politisch gelungen, sie ist aber ökonomisch misslungen. Wenn man einmal die Fakten in Ostdeutschland näher betrachtet, stellt man oft fest, dass die Aussage, dass die ökonomische Vereinigung nicht ganz gelungen sei, möglicherweise nicht so Unrecht ist. Wir haben immerhin eine Arbeitslosigkeit, die in der Größenordnung fünfzehn bis achtzehn Prozent offen ausgewiesen besteht. Nehmen wir die ganzen Maßnahmen dazu, mit denen wir die Arbeitslosigkeit verdecken, da kommen wir leicht auf 20 bis 25 Prozent. Wir haben andererseits eine Entwicklung, die ich noch viel beunruhigender finde, weil sie bis in die Zukunft reicht. Wenn wir uns die Wachstumsraten des Sozialproduktes anschauen, stellen wir seit 1996 fest, dass die Wachstumsraten in den neuen Ländern niedriger als in den alten Ländern sind. Von Konvergenz ist leider Nichts zu spüren. Dies ist vielleicht auch nicht anders zu erwarten. Wir haben eine Situation, in der Ostdeutschland ca. 60 Prozent des Westniveaus, also des Niveaus der alten Bundesländer erreicht hat, aber nach wie vor nur zwei Drittel dessen, was konsumiert wird, aus dem Osten stammt. Alles andere wird im Prinzip importiert. Das heißt, wir haben offenkundig eine wirtschaftliche Entwicklung, die alles Andere als letztendlich dauerhaft tragfähig sein wird. Die Frage ist

*Reform und Transformation*

nun, womit hängt das zusammen? Ich will jetzt die provokante These aufstellen: Der Grund für die relativ ungünstige Entwicklung in Ostdeutschland ist, dass wir nicht nur die guten Institutionen aus dem Westen in den Osten transportiert haben, sondern vor allen Dingen auch die schlechten, die schon im Westen nicht mehr funktionsfähig waren und zu Fehlentwicklungen führten. Man hat immer gesagt: das Experiment in Russland ist deshalb gescheitert, weil der Markt vor den Institutionen wirken durfte. In Ostdeutschland habe ich eher den Eindruck, die Institutionen verhindern, dass der Markt funktioniert. Deshalb will ich in zwei Schritten vorgehen. Ich will zunächst überlegen, was sind die Probleme im Westen Deutschlands? Dann will ich mir die Frage stellen, was sind die Probleme im Osten Deutschlands? Gleich an dieser Stelle schon darauf hinzuweisen, und um die Diskussion ein wenig anzuheizen, ist es sinnvoll zu sagen, wir haben inzwischen in Europa zwei Mezzogiornos. Eins in Süditalien und eins in Ostdeutschland. Und beide, wie ich ihnen versuchen werde zu zeigen, kommen aus den selben Gründen zustande. Diese Fehler, die wir in Ostdeutschland gemacht haben, hätten wir nicht wiederholen müssen, sie wurden, wie ich ihnen zeigen werde, zehn, fünfzehn Jahre zuvor exakt Schritt für Schritt, in Italien gemacht. Und möglicherweise, bekommen wir ein drittes Mezzogiorno, was ich nicht hoffe. Wenn wir aber dies so weiter gestalten, wie wir es gegenwärtig tun, und die falschen Institutionen der alten EU auf die Beitrittsländer bei der Osterweiterung ausdehnen, dann haben wir ein ähnliches Problem, wie in Ostdeutschland. Lassen sie uns einfach mal anschauen, was lief den in den alten Bundesländern schief? Wir befinden uns in Westdeutschland in einer sogenannten institutionellen Verflechtungsfalle. Wir haben systematisch drei Institutionen entwickelt, die Marktprozesse ersticken. Was ist das erste Element über das ich mich immer wieder sowohl mit Gewerkschaften als auch mit Arbeitgebern streite? Das erste Element ist, dass wir letztendlich dem Arbeitsmarkt den zweiten Teil des Wortes weggenommen haben. Wir haben keinen Markt auf dem Arbeitsmarkt. Die Tarifautonomie ist so entartet, dass sie letztendlich kaum mehr Marktprozesse zulässt. Das heißt, wir haben, um es auf einen Punkt zu bringen, einen viel zu hohen Zentralisierungsgrad der Tarifaueinandersetzungen. Und dieser führt zu Er-

*Reform und Transformation*

gebnissen bei der Entlohnung und bei den Arbeitsbedingungen, die letztendlich dem schnellen Wirtschaftswandel nicht mehr entsprechen. Es ist ein Anachronismus. Das ist der erste Aspekt.

Das zweite Problem das wir haben ist, dass die Tarifpartner gemeinsam mit den Politikern, dafür gesorgt haben, dass die Tarifpartner einen nicht unerheblichen Teil der Lasten aus dem wirtschaftlichen Wandel auf den Sozialstaat abwälzen konnten. Deshalb hat man im Laufe der Jahrzehnte den Sozialstaat ausgebaut. Dies ist ein wenig polemisch überspitzt formuliert, aber man hat die Rentenversicherung im starken Maße ausgebaut, man hat den Vorruhestand eingeführt, man hat flexible Altersgrenzen eingeführt, die lange nicht dem Äquivalenzprinzip entsprechen. Das heißt – man hat viele Möglichkeiten geschaffen, um letztendlich Lasten, die eigentlich die Tarifpartner tragen müssten, auf den Sozialstaat, und damit auf künftige Generationen abzuwälzen. Ein erheblicher Teil des Problems in der Rentenversicherung ist zwar ein demografisches, aber ein ganz anderer, erheblicherer Teil ist genau das, was ich ihnen beschrieben habe. Da ist der zweite Aspekt, die Arbeitslosenversicherung, und dazu gehört auch die Absicherung des Existenzminimums. Ich will es nur mit einem Satz erwähnen. Diese Institution ist so konstruiert, dass sie einen Anreiz bietet, keine Arbeit aufzunehmen. Dann müssen wir uns natürlich auch nicht wundern, wenn in diesem Falle Arbeitskraft, vor allem der geringer Qualifizierten, gar nicht angeboten wird. Das heißt, dass dies dringend reformbedürftig ist.

Der dritte Punkt, auf den ich nur ganz kurz eingehen werde, das dritte institutionelle Element, in diesem institutionellen Ensemble in Deutschland, ist der kooperative fiskalische Föderalismus. Das heißt, dass wir den Wettbewerb auf der politischen Ebene faktisch ausgehebelt haben. Wir haben den Wettbewerb entweder nicht zugelassen, und lassen ihn nicht mehr zu, weil wir einheitliche Regelungen haben, oder aber wir verfälschen ihn. Eine gewisse Unruhe löste aus, als ich im Zusammenhang mit der Reform des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern in Deutschland gesagt habe, dass wir eine Reform brauchen, und diese Reform muss auch Auskunft darüber geben, wie eine Konkursordnung für Bundesländer aussieht. Damit bin ich nicht auf wohlwollende Ohren gestoßen, sondern es gab eine Menge an



*Reform und Transformation*

Problemen, jede Menge Kritik. Ich meine aber, dass es ein Punkt ist, über den wir reden müssen, und zwar einfach deshalb, weil dieses Problem in der EU wieder auftaucht. Es wird nur von der Politik zu einem erheblichen Teil verdrängt, ist da aber schon angelangt. Wir haben in Westdeutschland eine Reihe von Fehlentwicklungen bei den Institutionen. Und diese Fehlentwicklungen gilt es zu verhindern. Nur, was haben wir gemacht? Gut, vielleicht ging es nicht anders. Wie dem auch sei, wir haben diese Institutionen auf den Osten übertragen. Es ist besonders deshalb fatal, weil der Osten Deutschlands durch die Wiedervereinigung und durch den Zusammenbruch des Kommunismus und durch die Öffnung der Märkte einen viel stürmischeren und stärkeren Strukturwandel erlebte, als wir uns das je im Westen vorstellen könnten. Flexibilität, Schnelligkeit, Anpassungsfähigkeit waren dort gefragt. Durch die Institutionen, bezogen auf die Tarifautonomie, bezogen auf den sozialen Staat, bezogen auf den fiskalischen Föderalismus, haben wir im Prinzip solche Institutionen übertragen, die genau dieser Anforderung nicht entsprochen haben. Genau das Gegenteil von dem, was notwendig war, haben wir getan. Ich will dies jetzt nicht politisch bewerten, es mag ja vielleicht politisch nicht anders gegangen sein; ökonomisch gesehen war es Unsinn. Die Frage ist jetzt: hätten wir das nicht wissen können? Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich immer schlauer, sagt man bei uns. In Tschechien vielleicht auch. Nur, wir waren schon längst auf dem Rathaus, wir hätten nur nach Italien schauen müssen. Die Entwicklung Süditaliens im Verhältnis zu Norditalien. Da fällt einem auf, dass wiederum drei Elemente von entscheidender Bedeutung sind, weshalb der Süden dem Norden wirtschaftlich nur bedingt folgen konnte und die Kluft teilweise sogar größer wurde. Was waren die Gründe? Es waren wiederum drei. Ich will sie jetzt nur kurz aufzeigen. Es war zum einen die Übertragung der Arbeitsmarktinstitutionen vom Norden auf den Süden. Man hatte im Jahr 1968 in Italien eine einheitliche Lohn- und Tarifpolitik gefahren und verfolgt. Die Begründungen waren lustigerweise die, die wir auch in Ostdeutschland gehört haben. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Angst vor Abwanderung; genau dieselben Argumente. Keine anderen. Dadurch hat man natürlich dazu beigetragen, dass letztendlich der schwächere

*Reform und Transformation*

Süden dieselben Lohnbedingungen bekommen hat, wie der wirtschaftlich stärkere Norden. Da braucht man kein Ökonom sein, es reicht der gesunde Menschenverstand aus um zu erkennen, dass das natürlich nicht gut gehen kann. Und es ist auch nicht gut gegangen, wie wir gesehen haben.

Das Zweite ist: Auch die Italiener haben den Sozialstaat vom Norden auf den Süden übertragen. Und sie haben das auf ähnliche Art und Weise gemacht, wie wir es in Ostdeutschland getan haben. Sie haben letztendlich versucht überschüssige Mengen aus dem Arbeitsmarkt herauszukaufen. Am nächsten liegt dies bei der Rentenversicherung. Warum liegt es politisch am nächsten? Die Belastungen eines solchen Herauskaufens aus dem Arbeitsmarkt werden nicht sofort, sondern erst in einer Zeitverzögerung sichtbar. Nämlich dann, wenn die künftigen Generationen zahlen müssen. Deshalb ist die Rentenversicherung politisch eine sehr attraktive Institution, weil man auf diese Art und Weise die Lasten auf die Zukunft verschieben kann, und die gegenwärtigen Generationen merken scheinbar gar nicht was passiert. Genau so haben es letztendlich auch die Italiener gemacht, z. B. mit der öffentlichen Beschäftigung. Genau wie wir dann später in Ostdeutschland, haben sie am Ende, den ausgebauten Sozialstaat auf den Süden übertragen. Damit aber auch das, was sie bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt falsch gemacht haben, und dann versucht haben, dies durch Verlagerung auf künftige Generationen auszubügeln.

In Deutschland war es nur ein wenig problematischer. Wir haben etwas getan, was die Italiener nicht so gemacht haben. Wir haben auch unsere Art der Sozialhilfe, der Garantie des Existenzminimums, vom Westen auf den Osten übertragen. Die Sozialhilfe beträgt für eine durchschnittliche Familie, Alleinverdiener, zwei Kinder, in Ostdeutschland etwas mehr als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens in Ostdeutschland. Das scheint nicht problematisch zu sein. Ist aber gerade für die Gruppen von Arbeitnehmern höchst problematisch, die gering qualifiziert sind. Und das ist die Gruppe, die letztendlich am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Diese Übertragung der Institution Sozialhilfe, wirkt im Prinzip auf den Osten wie ein Beschäftigungsverbot für die geringer Qualifizierten.

*Reform und Transformation*

Und jetzt der dritte Punkt. Wir haben in Italien massive finanzielle Transfers, vom Norden in den Süden gehabt. Dies wurde, wie sie alle wissen, aus der berühmten Cassa per il Mezzogiorno getätigt. Wir haben es in Ostdeutschland über den Solidarpakt I, über Länderfinanzausgleich, über Maßnahmen und finanzielle Mittel aus den EU Regional- und Strukturfonds getan. Wenn man dies einmal alles zusammennimmt, haben wir im Prinzip dazu beigetragen, dass am Ende durch diese finanziellen Transfers, der Anreiz zur Eigeninitiative geschwächt wurden, weil unsere Art des Länderfinanzausgleichs wie unsere Sozialhilfe wirkt. Wenn sie eigene Anstrengung unternehmen und eigene Steuerquellen erschließen, weil sie wirtschaftlich gut sind, dann wird es ihnen wieder weggenommen. Der Anreiz, etwas zu tun, ist im Prinzip für die Bundesländer in Deutschland so gut wie nicht vorhanden. Und das ist falsch. Ich glaube, das leuchtet jedem ein. Die Frage ist also: Was müssen wir tun? Die Antwort liegt im Prinzip auf der Hand.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder ein soft landing oder ein hard landing. Beim soft landing brauchen wir die Politik. Sie muss nämlich die Institutionen ändern. Ich habe es hier leicht zu fordern, die Institutionen zu ändern. Die Politik weiß ein Lied davon zu singen, wie schwer es ist, sich letztendlich gegen Interessengruppen durchzusetzen, und diese Institutionen so zu gestalten, dass sie nicht im Interesse der Interessengruppen, wohl aber im Interesse des Gemeinwohls sind. Die Politik muss es richten, und es ist schwer für sie. Und da sie aber in dieser Falle ebenfalls gefangen ist, bin ich als Marktwirtschaftler in diesem Falle eher mal Pessimist. Ich denke, wir erhalten eher ein hard landing. Und das tritt dann ein, wenn die Institutionen des Sozialstaates nicht mehr in der Lage sind die finanziellen Lasten tatsächlich zu meistern. Es bedeutet nichts anderes, als das am Ende künftige Generationen immer weniger bereit sind, eine solche Politik zu akzeptieren.

Und jetzt kommt etwas ganz komisches, was die meisten von ihnen vielleicht sogar nicht akzeptieren werden. Der wichtigste Helfer künftiger Generationen ist nicht die Politik. Der wichtigste Helfer der künftigen Generationen sind die internationalen Kapitalmärkte. Sie sind nämlich diejenigen, die das, was künftige Generationen im Sinn haben, viel stärker in ihrem Kalkül berück-

*Reform und Transformation*

sichtigen als dies Menschen, als dies Politiker, jemals tun können. Und deshalb, so komisch es klingt, denke ich die Rettung kommt nicht von der Politik. Die Rettung kommt von den Märkten. Und die Rettung kommt durch die Globalisierung.

Vielen Dank.



## VÁCLAV KLAUS

ANMERKUNGEN ZUM AUFTRETEN AM KOLLOQUIUM  
„REFORM UND TRANSFORMATION“  
(DEUTSCHLAND IN DEN 50ER JAHREN UND DIE  
TSCHECHISCHE REPUBLIK IN DEN 90ER JAHREN)

1. Das heutige Kolloquium erachte ich als einzigartige Gelegenheit das Transformationsproblem (oder die Systemveränderungen) **mit Hilfe von Komparation** von zwei in bestimmten Aspekten unterschiedlichen, in bestimmten Aspekten ähnlichen Zeiträumen und Ländern zu betrachten.

2. Das erste Thema ist die Betrachtung der **Startlinie**, oder Überlegungen darüber, wovon man in beiden Ländern ausging, was die Ausgangsbasis war. Dies ist keine rein akademische Frage – dadurch wurde die folgende Entwicklung in nachhaltiger Weise beeinflusst.

3. Das wirtschaftliche (und politische) System in Deutschland in den dreißiger Jahren, und auch noch in der ersten Hälfte der vierziger Jahre, war dem System so, wie es in der Tschechoslowakei zur Zeit des Kommunismus existierte, äußerst ähnlich. Dies beweist unter anderem der kanonische Text von Walter Eucken „On the Theory of the Centrally Administered Economy: An Analysis of the German Experiment“, der im Jahr 1948 in der englischen, vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *Economica* publiziert wurde. Für viele von uns war dieser Artikel, den ich seit 1967 kenne, eine absolute Offenbarung.

4. Die **Entstehung dieser beiden Systeme war jedoch sehr unterschiedlich**. Das habe ich erst aus dem Text von Eucken hinreichend klar begriffen; dieser Artikel erleichterte mir auch das Verstehen verschiedener Grundzüge.

Während in unserem Land ein System der zentralen Wirtschaftsplanung als Folge des kommunistischen Putsches entstand, welches dem Land die Elemente der Verstaatlichung und den absichtlichen Versuch einer quasi-wissenschaftlichen zentralen Planungsaktivität brachte, begann man in Deutschland in umgekehrter Richtung. Zuerst waren es ambitionöse öffentliche Investitionen, es folgte die Vollbeschäftigung, dann das Einfrieren der Preise und erst dann die Bildung von Fachbereichsinstitutionen für die Lieferung von Rohstoffen und Material, sowie für die Preisbildung. Daraus ergab sich ein **grundlegender Unterschied**: in der Tschechoslowakei dominierte sehr schnell das **staatliche Eigentum**, in Deutschland überwog weiterhin das **Privateigentum**. Das System der zentralen Wirtschaftsregulierung war jedoch ähnlich, wenn nicht sogar identisch.

5. Dieser Unterschied führte notwendigerweise auch **zu unterschiedlichen Vorgehensweisen** beim Verlassen dieser Systeme.

In Deutschland „genügte“ die Aufhebung der Marktregulierung, die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels, Überwachung der makroökonomischen Stabilität und Tuning der relevanten Gesetzgebung. Es besteht kein Zweifel daran, dass auch dies eine Reihe radikaler und mutiger politischer Schritte war, die wir heute, mit einem Zeitabstand eines halben Jahrhunderts, überwiegend mit dem Namen von Ludwig Ehrhard verbinden.

In unserem Lande mussten wir alle diese Transformationschritte (ebenso wie in Deutschland) auch vornehmen, aber **wir mussten außerdem auch noch privatisieren**. Das war – wie sich später zeigte – **der absolut grundlegende Unterschied**, der unsere Aufgabe nachdrücklich kompliziert hat.

6. Als **geringfügigeren Unterschied** erachte ich das kürzere Andauern der zentral verwalteten Wirtschaft in Deutschland im Gegensatz zum Kommunismus in der Tschechoslowakei (im Verhältnis 1 : 4) und die größere Auslandshilfe für Deutschland in den fünfziger Jahren als für die Tschechoslowakei und die Tschechische Republik in den neunziger Jahren. Die Hilfe für unser Land

*Reform und Transformation*

(direkter Finanztransfer, Erlass der Schulden) war praktisch gleich Null.

7. Deutschland nahm die Deregulierung und Liberalisierung seiner Märkte **in einer Ära des außerordentlichen Vertrauens in die Rolle des Staates in der Wirtschaft vor**, mit anderen Worten in einer Ära des geringen Vertrauens in den Markt. „Market failures“ wurden damals als weitaus gefährlicher als „government failures“ erachtet. Das Maß der Deregulierung und Liberalisierung war daher in Deutschland in den fünfziger Jahren nicht extrem hoch.

Die Tschechische Republik deregulierte und liberalisierte in einer Ära des extrem niedrigen Vertrauens in die Rolle des Staates in der Wirtschaft und hauptsächlich **in der Ära äußerst umfangreicher Kapitalbewegungen überall in der Welt und in einer Ära eines weitaus liberalisierteren Weltmarktes**. Die umfangreiche Liberalisierung und Deregulierung schuf daher bei uns eine weitaus verletzbarere und entblößte Wirtschaft. Das Maß der Liberalisierung und Deregulierung der tschechischen Wirtschaft fünf bis sieben Jahre nach dem November 1989, befand sich auf dem Niveau der Liberalisierung Westeuropas dreißig bis vierzig Jahre nach dem Kriegsende. Ich glaube jedoch nicht, dass es möglich war es anders zu machen, dies ist lediglich eine Feststellung.

8. Ein großer Unterschied besteht darin, dass Deutschland nicht sofort die ziemlich schwerwiegende soziale, ökologische, arbeitsrechtliche, Sicherheits-, veterinärmedizinische usw. **Gesetzgebung Europas der neunziger Jahre** annehmen musste, und daher sein „take-off“ weitaus einfacher, mit wesentlich niedrigeren vorgeschriebenen Ausgaben – und zwar sowohl des Staates, als auch der Firmen – starten konnte.

9. Das Gefühl der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg, war ein **Gefühl der Schuld** und jeder Deutsche wusste damals, dass er über lange Zeit „den Gürtel enger schnallen“ muss. In unserem Land war das Gefühl nach dem Fall des Kommunismus ein völlig anderes. Die Bevölkerung hat ihre eigene, unmittelbare Schuld an dem Kommunismus nicht gefühlt. Sie wollte sofort ein besseres

*Reform und Transformation*

Leben führen, sie glaubte, dass die Beseitigung verschiedener Begrenzungen und Irrationalitäten einen „take-off“ ganz von selbst starte. Anders ausgedrückt, sie war der Ansicht, dass die **Transformationsaufwendungen gleich Null** sein werden. Während der meisten Zeit der neunziger Jahre, mit Ausnahme deren Beginn, erweiterte sich daher die Kluft zwischen den Erwartungen und der Realität. Dies führte – zusammen mit den subjektiven, im bestimmten Sinn des Wortes, äußerst „tschechischen“ Faktoren – zum Verlust des nationalen so sehr benötigten Konsens.

10. Entscheidender Faktor war der unterschiedliche **Umfang der Privatisierung**. Dabei denke ich an die Privatisierung der standardisierten Wirtschaft, nicht an die Privatisierung der public utilities, die sich noch heute in Westeuropa irgendwo zwischen privater und öffentlicher Hand bewegen.

Die **Privatisierung ist ein äußerst undankbarer Prozess**. Wenn ich dabei den Widerstand derjenigen außer acht lasse, die der Ansicht sind, dass nicht privatisiert werden sollte und die Betriebe allen gehören, ist hier auch das laute Geschrei derjenigen, die sich beim Privatisierungswettbewerb **nicht auf einem der ersten Plätze platzieren konnten**. Dann ist hier das **unumgängliche Versagen** verschiedener privatisierter Betriebe, wo man – in der Welt der aggressiven Medien und des a priori menschlichen Misstrauens – schlecht zwischen business failure und dem absichtlich hervorgerufenen Misserfolg der Firma zur eigenen Bereicherung unterscheiden kann.

Die **Privatisierungsmethoden**, die man im Fall einer völlig verstaatlichten Wirtschaft nicht auf eine der standardisierten Vorgehensweisen – die normalerweise bei der Privatisierung von Einzelunternehmen des öffentlichen Sektors in einer normalen Marktwirtschaft zur Anwendung kommt – einengen kann, waren in der Realität der postkommunistischen Ära ein unwahrscheinlich komplizierter Kompromiss, der das gesamte Spektrum der derzeit dominierenden Drucke widerspiegelte. Dieser starke Druck spiegelte die tatsächlichen Interessen des In- und Auslandes, die Interessen des Managements der privatisierten Firmen und

*Reform und Transformation*

äußerer Interessenten an diesen Firmen, vor allem der Konkurrenzfirmen, aber auch deren Bankiers, das Interesse der Investitionsberatungsfirmen und verschiedene Interessen der stets gegenwärtigen Abenteurer wider. Die Privatisierung war ein Prozess in einer realen Welt, in der das authentische menschliche Verhalten dominierte; sie vollzog sich in keinem sterilen Laboratorium. Sie erfolgte in einer pluralistischen offenen Gesellschaft, nicht jedoch unter der Diktatur eines erleuchteten Herrschers, Kenners aller Lehrbücher der modernen Mikroökonomie und des Finanzwesens. So sollte sie auch eingeschätzt werden.

\* \* \*

Ich möchte daran erinnern, dass ich den Versuch zur Komparation der Systemveränderungen in Deutschland in den fünfziger Jahren mit den Systemveränderungen in der Tschechischen Republik in den neunziger Jahren unternommen habe. Ich habe nicht die Transformation der Tschechischen Republik mit den Veränderungen im östlichen Teil Deutschlands in den neunziger Jahren verglichen. Dies wäre eine völlig andere Diskussion. Dort bestand der Hauptunterschied im Geld. Noch nach zehn Jahren erhält das Gebiet der ehemaligen DDR finanziellen Transfer in Höhe des gesamten jährlichen Bruttoinlandsproduktes der Tschechischen Republik.

*Reform und Transformation*

## JIŘÍ SCHWARZ

## REFORM, TRANSFORMATION UND DRITTER WEG

**1. Transformation der Wirtschaft**

Im Laufe der grundlegenden politischen Veränderungen am Ende des Jahres 1989 und in den nachfolgenden Jahren, rückten Fragen über den Charakter der Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei immer mehr in den Vordergrund. Angesichts der unumgänglichen grundlegenden Veränderungen des sich im Zerfall befindlichen Wirtschaftssystems, das in den vierzig Jahren des Aufbaus des sogenannten realen Sozialismus gemäß den Forderungen der Partei in die Wirtschaftsbasis einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft umgestaltet wurde, schien die Verwendung des Begriffs Reform ein nicht adäquater, schwacher Ausdruck für den fundamentalen Charakter der erwarteten Veränderungen zu sein.

Die negativen Erfahrungen mit den sozialistischen Wirtschaftsreformen ab Ende der fünfziger Jahre in der Regie von Ota Šik, über Beginn der sechziger Jahre mit traurigem Höhepunkt im Jahr 1968 bis hin zu dem wirtschaftlichen Misserfolg der Perestrojka von Gorbatschow Mitte der achtziger Jahre, führte a priori zu Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit jedweder Wirtschaftsreform in unserem Land. Das Vertrauen der Bürger ist jedoch eine unerlässliche Voraussetzung für eine zielorientierte und systematische Vorbereitung von Veränderungen eines jeden Prozesses, dessen Resultat von der spontanen Reaktion der freien Einzelpersonen auf einen konsistenten Maßnahmenkomplex der zentralen Macht abhängt. Die Ergebnisse der freien Wahlen im Jahre 1990 in der Tschechoslowakei bildeten Raum für die Verwirklichung der Wirtschaftstransformation, deren Tiefe und Breite<sup>1</sup> auf dem Niveau der tschechoslowakischen Föderalregierung – bestehend aus den Vertretern des Bürgerforums (OF) – der Partei, die in der Tschechischen Re-

<sup>1</sup> Guillermo de la Dehesa, spanischer Finanzminister, Dezember 1990: Je tiefer und globaler die Reform ist, um so größer ist die Chance auf Erfolg. Längere Reformen sind schlechter als „keine Reform“ (Klaus, 1995, S. 42).

publik als Sieger hervorging, der Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN), sowie der Christlich-demokratischen Bewegung (KDH), die in der Slowakischen Republik am stärksten vertreten war, geklärt werden sollte.

In der Diskussion über den Charakter der Transformation im Jahre 1990 erlangte die Meinungsströmung, die durch den damaligen Finanzminister Václav Klaus<sup>2</sup> repräsentiert wurde, ein eindeutiges Übergewicht. Das realistische und verantwortungsbewusste Herantreten an die materiellen Reserven und Arbeitskräfte, die als Erbe nach 50 Jahren totalitärer Regime zur Verfügung standen, führte zur Ablehnung nicht nur der sogenannten Schocktherapie, die von den Reformatoren in Russland verordnet wurde oder dem graduellen Vorgehen, das in Ungarn, beziehungsweise Polen durchgesetzt wurde, sondern zur Annahme von radikalen Reformen, die auf einer systematischen Diskontinuität zur vorheriger Wirtschaftsordnung der Gesellschaft beruhten.

Zum adäquaten Synonym der Systemveränderungen der tschechoslowakischen Wirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre wurde der Begriff Transformation. Zu wesentlichen Merkmalen gehörten Schnelligkeit, Rasanz, Konsistenz und eine klare Strukturierung. Grundsätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden: Preisliberalisierung, Aufhebung des Außenhandelsmonopols, die sogenannte interne Konvertierbarkeit der Krone und die Privatisierung. Diese Maßnahmen sollten durch die Regierung unter Bedingung einer fiskalen sowie monetären Restriktion in Zusammenarbeit mit der unabhängigen Zentralbank realisiert werden. Den „Architekten“ dieser Systemveränderungen gelang es unter den gegebenen Bedingungen einen Prozess einzuleiten, der als eine Mischung aus zielorientierten zentralen Maßnahmen und spontanen Reaktionen von Einzelpersonen charakterisiert werden kann. Den Erfolg dieser Therapie für die siechende, zentral gesteuerte Wirtschaft bewiesen nicht nur bewundernde und zustimmende Äußerungen renommierter Wirtschaftswissenschaftler und berühmter Institutionen, wie beispielsweise OECD, IWF, der Weltbank und weiterer, sondern

<sup>2</sup> Václav Klaus: „Wir benötigen eine natürliche, unbegrenzte, vollblutige und unverdorbene Marktwirtschaft, und wir benötigen sie jetzt... Die grundlegenden ökonomischen Gesetze behalten über alle Kontinente, Wirtschaftssysteme, wie auch Ideologien und Glauben, ihre Gültigkeit“ (Douglas, 1993, S. 1).

vor allem die Reaktion der Bürger: Wundervolle Zahlen ge gründeter Unternehmen, eine unerwartet hohe Beteiligung an der Kuponprivatisierung, die Zunahme der Spareinlagen nach der Befriedigung der vierzig Jahre vertagten Nachfrage aus der kommunistischen Zeit (z. B. nach Reisen in die Länder mit konvertibler Währung, nach ausländischer Elektronik, Autos u. ä.). Besonders spontane Taten der Wirtschaftssubjekte in der Reaktion auf die Transformationsmaßnahmen schufen günstige politische Voraussetzungen zur Beschleunigung und Vertiefung der wirtschaftlichen Veränderungen<sup>3</sup>. Ebenso half die Entwicklung von makroökonomischen Kennzahlen in der tschechischen Wirtschaft zwischen den Jahren 1991 und 1995 mit, den Eindruck zu erwecken, dass die Tschechische Republik bald zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftstiger werden wird, dem es, ebenso wie einigen ostasiatischen Ländern gelingt, sprunghaft die wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zu den höchstentwickelten Ländern der Welt zu überwinden.

## 2. Laudatio auf die Kuponprivatisierung

Die Mehrheit der Kritiker der Kuponprivatisierung begriff nicht die Dimension dieses Prozesses und weist ihm bis heute eine weit aus größere Ambition zu als aus der Natur des Prozesses überhaupt möglich ist.

Als erster kam zu Beginn der sechziger Jahre der berühmte amerikanische Ökonom Milton Friedman mit der Idee der Verwendung von Kupons für die Entstaatlichung der Industrie. Seinem Vorschlag zufolge wurden zu Beginn der siebziger Jahre die Kupons zur äußerst erfolgreichen Privatisierung in der kanadischen Provinz British Columbia verwandt. Die Verwendung dieser nicht üblichen Privatisierungsmethode für eine zentral geleitete Wirtschaft mit überwiegendem Kollektiveigentum schlugen zwei polnische Wirtschaftswissenschaftler, Janusz Lewandowski und Jan Szomburg (Lewandowski, Szomburg, 1989) vor.

<sup>3</sup> Zu häufig diskutierten Maßnahmen gehörten zu damaliger Zeit die Aufhebung der Regulierung der Wohnungsmieten, die Privatisierung der staatlichen Anteile an den Banken und an den großen Monopolgesellschaften in den preisregulierten Bereichen (sog. Netzbereichen). Die Privatisierung sollte nicht nur zur Zerschlagung der Monopole und Schaffung von Konkurrenzbedingungen in diesen Bereichen, sondern auch zur Abschaffung der Preisregulierung führen.

*Reform und Transformation*

Die Tschechoslowakei war nach der Wende ein Land, welches die grundlegenden Voraussetzungen für die Anwendung dieser Privatisierungsmethode erfüllte. Unter anderem: ein riesiger Vermögensumfang, der zur Privatisierung bestimmt war, fehlende einheimische Finanzquellen, begrenzte Nachfrage ausländischer Investoren und politisches Interesse und aktive Einbeziehung einer größtmöglichen Anzahl von Bürgern in den gesellschaftlich aufwendigen Prozess grundlegender wirtschaftlicher Veränderungen. Diese Voraussetzungen erfüllten auch weitere postkommunistische Länder und in manchen war die Kuponprivatisierung bereits realisiert worden (Russland, Bulgarien, Rumänien u. a.), in anderen war sie in Vorbereitung und deren Verwirklichung verhinderte lediglich der Wahlsieg der Opposition. Die Bedeutung der Unterstützung der Bürger für den Erfolg des Transformationsprozesses erwies sich als entscheidend. Die Kuponprivatisierung wurde zu einem bedeutenden Instrument für die aktive Einbeziehung der Bürger in den wirtschaftlichen und politischen Umwandlungsprozess.

Die Kuponprivatisierung erfolgte in Form von Vermögenstransfer aus dem Eigentum des Staates in das Eigentum einer großen Anzahl von Bürgern. Durch diese Vermögensübertragung wurden in der ersten Privatisierungswelle 8,5 Millionen von Bürgern der Tschechoslowakei zu Aktionären und 6,5 Millionen Bürger der Tschechischen Republik beteiligten sich an der zweiten Privatisierungswelle. Durch die Übertragung der Aktien und die Registrierung der neuen Aktionäre beim Wertpapierzentrum (SCP) wurde die Kuponprivatisierung abgeschlossen. Unter den oben angeführten Umständen erfolgte sie schnell, entsprechend zuvor festgelegten Richtlinien und ohne zahlreichen Anzeichen von Korruption.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Die Bestechungsaffäre des Direktors des Kuponprivatisierungszentrums Jaroslav Lizner, die im Jahre 1994, zum Abschluss der zweiten Welle der Kuponprivatisierung, aufgedeckt wurde, war der einzige bedeutsame Fall von Korruption in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kuponprivatisierung. Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir unter der hypothetischen Voraussetzung einer breiten Nutzung der standardisierten Privatisierungsmethoden in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in der Tschechischen Republik weitaus zahlreicheren Korruptionsfällen und den sich daraus ergebenden Zweifeln an dem Privatisierungsprozess begegnen würden. Die Erfahrungen aus

*Reform und Transformation*

Die Eigentümerstreuung und die sich daraus ergebende ineffiziente Machtteilung (corporate governance) in den privatisierten Aktiengesellschaften, deren natürliche Folge in vielen Fällen ein niedriges Niveau der Vermögensverwaltung der Aktionäre war, war eines der erwarteten Risiken der angeführten Privatisierungsform. Im Hinblick auf unzureichende einheimische sowie ausländische Nachfrage nach staatlichen Aktiengesellschaften, stellte es unter den neuen politischen Verhältnissen<sup>5</sup> ein weitaus größeres Risiko dar, diese weiterhin in den Händen der nomenklaturmäßig eingesetzten Führungskräfte zu belassen, ohne dass irgendein Mechanismus zu einer effektiven Kontrolle deren Tätigkeit existieren würde. Das Fehlen seriöser ausländischer Investoren bedeutete, dass die kuponprivatisierten Unternehmen anfänglich ohne die erforderlichen Investitionen in die Technologie, beziehungsweise das benötigte Know-how auskommen mussten. Die Kuponprivatisierung schuf jedoch die wichtigste Voraussetzung für das Entstehen eines sekundären Wertpapiermarktes, einer unerlässlichen Voraussetzung für die Marktbewertung der Aktiengesellschaften und für die Konzentration der Eigentümerstruktur in den kuponprivatisierten Gesellschaften. Die Emission und das nachfolgende Angebot der Aktien an den öffentlichen Märkten schufen einen Gegenstand für den Handel. Der Wunsch nach Beherrschung der kuponprivatisierten Gesellschaften bewirkte eine natürliche Kumulation der Eigentumsanteile. Dieser Prozess überstieg bereits den Rahmen der Kuponprivatisierung. Die Kumulation der Eigentumsanteile am Grundkapital der Aktiengesellschaften wurde nicht nur zum langfristigen „Motor“ für den Wertpapierhandel in der Tschechischen Republik, sondern auch zur grundlegenden Voraussetzung für die Durchführung von Änderungen in der Leitung und Umstrukturierung dieser Gesellschaften, beziehungsweise den Einstieg des ausländischen Kapitals.

Auch die Bedeutung des Marketings der Kuponprivatisierung, ist dank dessen Charakters, des Umfangs, der Rasanz und der

der Zeit nach Beendigung der zweiten Welle der Kuponprivatisierung - da sich die Anwendung von standardisierten Privatisierungsmethoden (Direktverkauf, Auswahlverfahren, Versteigerung) erweiterte - bestätigte die Richtigkeit dieser Hypothese eindeutig.

<sup>5</sup> Bei Nichtexistenz der führenden Rolle der kommunistischen Partei.



*Reform und Transformation*

Pressepopularität, nicht zu unterschätzen.<sup>6</sup> Im Inland, aber vor allem im Ausland, wurde sie als schlagender Beweis für die tatsächliche Wirtschaftsumwandlung in der Tschechoslowakei erachtet.<sup>7</sup>

Der bedeutendste Systemfehler der Kuponprivatisierung war die Beteiligung des Staates vor allem durch die Investitionsgesellschaften der im staatlichen Besitz sich befindlichen Banken an der Privatisierung und zwar in der Position des Erwerbers des „privatisierten“ Vermögens. Diese unsystematische Maßnahme<sup>8</sup> mit äußerst negativen Auswirkungen konnte man pragmatisch durch eine anschließende Privatisierung der Staatsbetriebe, vor allem der Banken, die sich selbst, oder mittels ihrer Tochtergesellschaften, an der Kuponprivatisierung beteiligten, korrigieren. Die Eigentumsverbindung zwischen den Banken und den privatisierten Betrieben sicherte diesen Betrieben ausreichende Kreditressourcen, ohne das deren Manager eine erforderliche Umstrukturierung einleiteten.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Nach der Anzahl der aktiv beteiligten Personen ist die Kuponprivatisierung der größte Eigentumstransfer unserer neuzeitlichen Geschichte. Gemessen am Anteil des Wertes des übertragenen Vermögens am gesamten Nationalvermögen (was ein relevanteres Kriterium ist) reiht sie sich jedoch mit großem Abstand hinter die Enteignungswellen der Jahre 1945 und 1948, sowie der nachfolgenden Jahre ein.

<sup>7</sup> Janusz Lewandowski, polnischer Privatisierungsminister: „Ich glaube, dass Herr Klaus in der gesamten postkommunistischen Welt die Privatisierung am besten verkaufen kann. Manchmal übertreibt er zwar etwas, seine Rolle ist aber wesentlich“ (Lidové noviny, 28. Juni 1993, S. 5).

<sup>8</sup> Unter Gegensatz versteht man hier die Privatisierung des verstaatlichten Eigentums mittels der staatlichen und durch den Staat politisch beeinflussten Institutionen. Man muss kein Ökonom sein um zu erkennen, dass es sich in diesem Fall um keine Privatisierung handeln kann.

<sup>9</sup> Diese Tatsache schuf Bedingungen für ein künftig großes Engagement des Staates (Sanierung von Banken aus öffentlichen Mitteln) im Prozess verspäteter Privatisierung der Banken. Nach der Kuponprivatisierung der durch den Staat kontrollierten Banken wurden bei der Gewährung von Krediten an Gesellschaften, die sich im Portfolio der in ihrem Besitz befindlichen Investitionsgesellschaften befanden, andere Kriterien berücksichtigt, als sie den Forderungen der Handelsgepflogenheiten im konkurrierenden Kreditbankwesen entsprachen. Politischer Druck zur Erhaltung der Produktion und Vollbeschäftigung, bzw. wirtschaftlicher Druck zur Verlängerung der Anleihen aufgrund erwarteter günstiger Verkäufe, wurde sehr wirksam eingesetzt. Den Effekt aus dem künftigen Verkauf derartigen Vermögens trugen nicht direkt die Aktionäre der Banken, oder deren Investitionsgesellschaften, sondern die Aktionäre, bzw. die Anteilsbesitzer der von ihnen verwalteten Fonds.

*Reform und Transformation*

Ein weiterer Fehler war, dass es nicht möglich war mit den Privatisierungskupons vor deren Umwandlung in Aktien zu handeln. Es hatte negative moralische Folgen in Form von Umgehung der Gesetze und negative wirtschaftliche Folgen in Form von höheren Transaktionsaufwendungen zur Absicherung und Durchführung von Optionsverkäufen künftiger Wertpapiere.

**3. Über den sogenannten Rechtsnihilismus**

Eine beliebte Zielscheibe der Kritiker des Transformationsprozesses der tschechischen Gesellschaft in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurde die sogenannte Unterschätzung der Rolle des Rechtes. Den Kritikern gefiel am meisten der Begriff Rechtsnihilismus. Rechtsnihilismus im Zusammenhang mit der tschechischen Transformation ist ein irreführender Begriff, es handelte sich eher um falsches Begreifen der Aufgabe des Rechtes. Vielfach trugen dazu auch die Wirtschaftswissenschaftler<sup>10</sup> bei, die Hauptverantwortung bleibt aber bei den Juristen, die fasziniert durch die Möglichkeiten, die ihnen von der Marktwirtschaft für die Entwicklung ihrer Berufsgruppe eröffnet wurden, völlig auf die Applikation der Theorie des Privatrechts in der Gesellschaft, die eine Transformationsperiode durchmachte und eigene legislative Form suchte, verzichtet haben.

Es ist nicht uninteressant, dass gerade Personen mit juristischer Bildung zu den erfolgreichsten bei der Nutzung der fundamentalen politischen Veränderungen gegen Ende der vorletzten Dekade des XX. Jahrhunderts zählten. Die verschiedenen juristischen Berufsgruppen waren nach Anzahl ihrer parlamentarischen Vertreter, die zahlenmäßig stärkste Interessengruppe in den Gesetzgebungsorganen nach den Novemberereignissen<sup>11</sup>, der es mittels der Ge-

<sup>10</sup> Die von den Journalisten falsch verstandene Kritik des Rechtspositivismus, die der erste Privatisierungsminister der Tschechischen Republik, Tomáš Ježek, durchführte - verbreitete mittels dem Bonmot über die „Notwendigkeit das die Ökonomen vor den Juristen flüchten sollen“, wurde vielfach von oberflächigen Publizisten als Notwendigkeit reproduziert, zuerst die Kraft des Marktes spontan entwickeln zu lassen und diese erst später mittels Gesetzgebung zu regulieren. Diese falsche Auffassung wurde generalisiert und als standardisierte Meinung der tschechischen Gemeinde der Wirtschaftswissenschaftler präsentiert.

<sup>11</sup> Umfasst die Föderalversammlung ČSFR (1990-92), den Tschechischen Nationalrat (1990-92), das Parlament der Tschechischen Republik (1993-2002) und den Senat des Parlaments der Tschechischen Republik (1996-2002).

setzung gelang, vorteilhafte Bedingungen für die Entwicklung von einzelnen juristischen Berufen zu schaffen. Es gelang ihr durch das Schlagwort Rechtsnihilismus, den gesellschaftlichen Druck zur Durchsetzung der Gesetzgebung zur Erweiterung des öffentlichen Rechtes, vorzüglich zu nutzen. Mittels der Regierungslegislative, die eine Schlüsselrolle im Prozess der Erstellung von Rechtsvorschriften spielt und deren eindeutige Orientierung auf die Erarbeitung von Vorschriften des öffentlichen Rechtes, wurden Ressortinteressen der einzelnen Ministerien bevorzugt, hinter denen sich die Interessen der stärksten „Spieler“ der einzelnen Branchen verbargen.

Anstelle der erwarteten Entwicklung des Privatrechtes nach 50 Jahren kollektivistischer Experimente, wurden die wiederbelebten Institutionen von individueller Freiheit, freiwilligen Verträgen und freiwilliger Beteiligung, erneut durch Institutionen von öffentlichem (kollektivem) Interesse, staatlicher Regulation und kollektiver Pflichtmitgliedschaft ersetzt. Die andauernde Stagnation der durch die Totalität unterdrückten Entwicklung des Privatrechtes, wurde unter den neuen Gesellschaftsverhältnissen durch eine übermäßige Entwicklung des öffentlichen Rechts substituiert<sup>12</sup>. Diese Tendenz begann sich ab dem Jahr 1993 durchzusetzen und während das Privatrecht auch weiterhin Aschenputtel blieb, wurde das öffentliche Recht zu einem Leviathan<sup>13</sup>.

Dieser Trend wurde schrittweise durch die Argumentation über die Annäherung des Rechtes der Tschechischen Republik an das Recht der Europäischen Gemeinschaft (acquis communautaire) verstärkt. Das öffentliche Recht der Europäischen Union wurde auf vie-

<sup>12</sup> „Die verallgemeinerte Bezeichnung dieses Prozesses ist ... die Dominanz des öffentlichen Rechtes über das Privatrecht. Im Mittelpunkt dieses Prozesses stand das Bemühen der Politiker, den Wählern bei deren Wunsch nach größerem Schutz gerecht zu werden. Ein weiterer Punkt war... der unverhältnismäßig große Einfluss von Interessengruppen auf den Gesetzgebungsprozess. Besonders alarmierend wurde der Einfluss der Interessengruppen, die im Staatsapparat organisiert sind (z. B. Armee, Polizei, ad hoc Interessengruppierungen der Beamtenschaft)“ (Sylla, 2001).

<sup>13</sup> „In den Nachschlagwerken wird Leviathan als ‚Meeresungeheuer das Böse verkörpernd‘ definiert. Im Jahre 1651 verwandte Thomas Hobbes diese Bezeichnung zur Kennzeichnung eines souveränen Staates.“ (Buchanan, 1975, S. 179). Sein Werk trägt die Bezeichnung Leviathan oder Art, Form und Charakter der Macht der Kirche und des bürgerlichen Staates.

len Gebieten zweckentsprechend falsch ausgelegt und zu Gunsten der dominierenden Interessengruppen in vielen Bereichen modifiziert. Das Bestreben um gesetzliche Absicherung der besetzten Positionen außerhalb vom Marktsektor, und des Anteils am Marktsektor der durch die Drosselung der potentiellen Konkurrenz, führte zur Unterdrückung der Einzelpersonen in Form von überdimensionierter Regulierung, Forderungen nach Autorisation, Lizenzen u.ä.

Das Versagen der Gerichte im Bereich der Durchsetzung bestehender Gesetze (law enforcement) wurde durch eine fieberhafte Billigung neuer Gesetze, ausschließlich im Bereich des öffentlichen Rechtes, ersetzt. Die unglaubliche Toleranz der Staatsmacht zur Nichteinhaltung freiwilliger Vertragsverpflichtungen seitens einer der Vertragseiten, sollte eine immer häufigere und detailliertere Regulation und Restriktion aller Subjekte ersetzen. Die Durchsetzung von neuer Gesetzgebung erwies sich jedoch für die Gerichte bald als ein noch größeres Problem, als die Durchsetzung der Alten. Unzweifelhaft trug dazu sofort zu Beginn des Transformationsprozesses auch die Durchsetzung der Ernennung der Richter auf Lebenszeiten durch den Präsidenten der Republik bei. Diese Erfahrung zeigte, dass zeitliche Abstimmung der einzelnen Transformationsschritte keine elementare Angelegenheit ist. Trotzdem, dass es nicht meine Ambition ist, einen der drei Pfeiler der demokratischen Gesellschaft – die Jurisdiktion – anzuzweifeln, muss gesagt werden, dass eine formelle Unabhängigkeit, die sie bereits durch die Art und Weise der Ernennung der Richter und deren faktische Unabsetzbarkeit erhielt, nicht in eine reale Unabhängigkeit bei der Durchsetzung und Erzwingung in den ersten Jahren der Transformation entwickelt hat. An den positiven Effekten, die sich aus der Unabhängigkeit der Jurisdiktion ergeben, konnte sich die junge demokratische Gesellschaft nur im begrenzten Maße erfreuen.

Ein charakteristischer Grundzug der neuen, nach den Novemberereignissen entstandenen Jurisdiktion war nicht deren Unabhängigkeit, sondern deren Funktionsunfähigkeit. Dazu trug nicht nur die personelle Besetzung der Gerichte bei, wo vom vergangenen Regime nur die verblieben, die sich in den marktlukrativeren Berufszweigen (Advokatur, Notariat) nicht durchsetzen konnten und zum Großteil nur durch neue Absolventen der juristischen Fakultäten, mit geringfügigen praktischen Kenntnissen ergänzt wurden. Zur



Konservierung der unerfreulichen Besetzung führte unzweifelhaft das Fehlen jeglicher Konkurrenz innerhalb dieser Berufsgruppe.<sup>14</sup> Die formelle Unabhängigkeit der Gerichte, ergänzt durch deren geringe Effektivität bei der Durchsetzung und Erzwingung des Rechtes, die fast an Funktionsunfähigkeit grenzte, schuf ausreichenden Raum<sup>15</sup> für die Beeinflussung der Gerichte durch die einzelnen Parteien der gerichtlichen Verfahren. Es genügte ihnen nur die unkonsequenten und inkonsistenten Richtlinien der Prozessführung auszunutzen. Die formelle Unabhängigkeit der Gerichte verwandelte sich in Wirklichkeit in eine reale Abhängigkeit von den Beteiligten an den gerichtlichen Verfahren.

Die populäre These, die in den politischen Dokumenten der Bürgerlich Demokratischen Partei (ODS) weiterentwickelt wurde, dass die Wirtschaft das Recht überholt hat,<sup>16</sup> zeugt von absolutem Unverständnis der Substanz der Marktwirtschaft. Es handelt sich um die Applikation der bekannten marxistischen Doktrin über das Zurückbleiben des gesellschaftlichen Überbaus hinter der Entwicklung der Wirtschaftsbasis der Gesellschaft.<sup>17</sup> Im Gegenteil, die begrenzten und wirksam geschützten Eigentumsrechte sind eine unerlässliche Voraussetzung (*conditio sine qua non*) für die Exis-

<sup>14</sup> Eine Konkurrenz, bedingt durch die Möglichkeit des freieren Zutritts und des Ausscheidens aus dem Beruf, würde eventuell, so wie in anderen Berufen der menschlichen Tätigkeit, zu deren Kultivierung, zur Erhöhung der Qualität der gewährten Dienste und der Leistungen führen und damit auch zur Befriedigung der geäußerten gesellschaftlichen Präferenzen. In dieser Auffassung steht die Forderung nach Konkurrenz nicht im Widerspruch zur hierarchischen Struktur und territorialen Begrenzung der Jurisdiktion.

<sup>15</sup> Es handelt sich vor allem um die Fristen, deren Länge durch die ungeeigneten Prozessvorschriften, die den Prozessparteien unendliche Obstruktionen zu tätigen ermöglichen, relativiert wurden.

<sup>16</sup> Wie Václav Klaus in seiner Vorlesung in der Aula der Pädagogischen Fakultät der Karlsuniversität am 29. 04. 1997 für die Gesellschaft tschechischer Juristen – VŠEHRD ausführte: „...dann erachte ich es als absolut unzweifelhaft, dass die eigene Weiterentwicklung des Rechts und der Rechtsinstitutionen überwiegend die Folge dessen, oder wenn sie wollen, der Reflex der gesellschaftlichen Entwicklung, der politischen und wirtschaftlichen Realität ist, und nicht umgekehrt“ (Pravý úhel, Nr. 6, Juni–Juli 1997).

<sup>17</sup> Während die Wirtschaft in der marxistischen Auffassung Bestandteil der Wirtschaftsgrundlage der Gesellschaft ist, die als einzige Werte schafft, so ist das Recht Bestandteil des gesellschaftlichen Überbaus, der Reflex der gesellschaftlichen Grundlage. Der gesellschaftliche Überbau verbraucht die Werte, die vom der gesellschaftlichen Grundlage geschaffen werden.

tenz der Marktwirtschaft. Von der richtigen Definition der Eigentumsrechte und deren wirksamen Erzwingung hängt die Höhe der Transaktionsaufwendungen in der Wirtschaft und die Effizienz des gesamten Gesellschaftssystems ab.<sup>18</sup>

Die Anschuldigung, die gegen Václav Klaus wegen des Rechtsnihilismus erhoben wird, ist absurd. Da er sich aber in einer nicht wiederkehrenden Situation, nach dem Fall des Kommunismus, in unzureichendem Maße für die Entwicklung des Privatrechts in den Bereichen einsetzte<sup>19</sup>, wo logischerweise das überlebte öffentliche Recht aus der Zeit des Kommunismus ersetzt werden sollte, trug er somit (möglicherweise unbewusst) zu einer Extension des öffentlichen Rechts in der Tschechischen Republik bei, die zum Hindernis dessen tatsächlicher Erzwingung wurde<sup>20</sup>.

#### 4. Soziale Marktwirtschaft<sup>21</sup>

Dieser Begriff wird allgemein mit der Wirtschaftsreform in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948–57 verbunden. Der erste Reformschritt wurde mit der Währungsreform in der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone Deutschlands

<sup>18</sup> Mit der Thematik der Desinterpretation der klassisch-liberalen Theorie in den Überlegungen verschiedener Vertreter der tschechischen Transformationspolitik beschäftigt sich detailliert J. Pavlík in der Studie „Über das Missverständnis um die Theorie der spontanen Ordnung von Hayek“, (Schwarz, 2000, S. 51–91).

<sup>19</sup> Z. B. das Handelsrecht.

<sup>20</sup> „Ein konkretes Ergebnis dieser Prozesse ist die Rechtsordnung, deren Rechtsvorschriften vor allem an verschiedenen Mängeln litten, wie z. B. an übermäßigen Details, fehlenden Verbundenheit, Unverständlichkeit, Unvollkommenheit und dem gegenseitigen Anfechten der Rechtsnormen, an einem bedeutenden Maß von Problemen hinsichtlich der Verfassungsgebung; häufige Änderungen und immer wieder neu entstehender unverhältnismäßig hoher Umfang der Sub-Gesetz Normen. ... Hinfällig, bzw. wortwörtlich abgelehnt, wurde die Verfassungsmäßigkeit als eines der Grundprinzipien eines Rechtsstaates. Die Relativierung der Verfassungsmäßigkeit führte zur Schwächung der Rechtsauffassung. Die legislative Technik wurde a priori unter anderem unter dem Vorwand des Kampfes gegen den rechtlichen Positivismus verleugnet. Insgesamt hatten diese Umstände zur Folge, dass die Rechtsvorschriften begannen die charakteristischen Eigenschaften des Rechtes einzubüßen und in einem unannehmbaren Umfang umgangen wurden. Die Tschechische Republik begann den Charakter eines Rechtsstaates zu verlieren“ (Sylla, 2001).

<sup>21</sup> Der Autor dieses Begriffes war im Jahre 1947 der bedeutende deutsche Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack: „Das Ziel muss die Einführung einer Marktwirtschaft begrenzten durch gesellschaftliche Garantien sein, die in Übereinstimmung

*Reform und Transformation*

getan. Sie bestand in der Trennung von der Währung der sowjetischen Besatzungszone und der Einführung einer neuen Währung<sup>22</sup> sowie der Gründung einer vom Staat relativ unabhängigen Zentralbank<sup>23</sup>. Gleichzeitig mit der Einführung der neuen Währung wurde im westlichen Teil Deutschlands die Preisregulierung abgeschafft (Tietmeyer, 1998). Die Preisliberalisierung führte zu einer schnellen Beseitigung der bestehenden Mängel<sup>24</sup>. Gegen derart rasanten Reformschritten existierte zu damaliger Zeit scharfer Widerstand, einschließlich der Führung der amerikanischen Besatzungsmacht in dieser Zone. Die radikale Reform im Westteil Deutschlands war erfolgreich und führte zum Ersatz der zentral geleiteten Wirtschaft, dem Erbe aus der Zeit des totalitären nationalsozialistischen Staates, durch die soziale Marktwirtschaft einer demokratischen Gesellschaft.

Die soziale Marktwirtschaft<sup>25</sup> kann weder mit einem Wohlfahrtsstaat identifiziert werden, noch ist sie klassischer *laissez-faire*,

mit dem Prinzip der freien Marktwirtschaft sind.... Was wir benötigen, ist ein alles umfassendes System, welches die Freiheit der Gedanken und die persönliche Freiheit mit den gesellschaftlichen Sicherheiten vereint.... Die Ideale der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit müssen tatsächlich auf der Grundlage der Marktwirtschaft miteinander verbunden sein“ (Müller-Armack, 1947).

<sup>22</sup> Die Deutsche Mark ersetzte die Reichsmark, die Rentenmark und die Militärmark. Einigkeit, Recht und Freiheit wurden zu Schlüsselbegriffen der sozialen Marktwirtschaft, die 52 Jahre den Rand der bundesdeutschen Münzen zierten. Die neue Währung erlangte dank ihrer Stabilität das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik und ein hohes Ansehen im Ausland. Sie wirkte sich nicht nur positiv auf die Entwicklung des Preisniveaus aus, sondern auch auf die Dynamik der bundesdeutschen Wirtschaft. Damit leistete sie auch einen Beitrag zur Erfüllung der sozialen Funktion der Marktwirtschaft (Tietmeyer, 1998).

<sup>23</sup> Die Deutsche Bundesbank war zur Zeit ihrer Gründung eine der am wenigsten vom Staat abhängigen Zentralbanken. Durch ihre erfolgreiche monetäre Politik über mehr als 50 Jahre ihrer Existenz (bis zum Entstehen des Euro im Jahr 2000 war sie die höchste monetäre Autorität auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland), wurde sie zum Vorbild für das Verhalten zahlreicher Zentralbanken.

<sup>24</sup> Dieses Problem betraf die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone, auf deren Territorium die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde, bis zu deren Auflösung am 2. Oktober 1989.

<sup>25</sup> 12 Jahre starre Planung und gewaltiger staatlicher Interventionismus der nazistischen Diktatur, wurden durch den Markt ersetzt. Auch die positiven Auswirkungen des Marshallplans auf die westdeutsche Wirtschaft können nicht die Bedeutung der deutschen Reformen verringern. Der Einfluss auf die Dynamik des Wirtschaftswachstums der Bundesrepublik war unwesentlich (Dluhosch und Krueger, 2000).

*Reform und Transformation*

dem sie zur Zeit ihres Entstehens wesentlich näher kam. Ihre Hauptmerkmale waren die eindeutige Orientierung auf die Preisstabilität (restriktive monetäre Politik), einem äußerst begrenzten System von sozialen Transfers, eine wirksame, Konkurrenz fördernde Politik und ein liberaler Handel ohne Preisregulierung. Einer der Architekten dieser Veränderungen, Ludwig Erhard, war davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft natürlich sozial sei und nur eine äußerst geringe Beteiligung des Staates erfordere.<sup>26</sup> Eine weitere bedeutende Persönlichkeit dieser Zeit in Deutschland, Walter Eucken, erachtete die begrenzten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft als nur in den Fällen möglich, in denen private Unternehmungen das Marktangebot und die Möglichkeit der Wahl beeinträchtigen (Eucken, 1951).

Laut den führenden Vertretern<sup>27</sup> der sozialen Marktwirtschaft, soll die Pflicht des Staates im wirtschaftlichem Bereich umfassen (Ebeling, 1999, Seite 154):

1. Regulierung der Größe der Unternehmen, um eine Konzentration der Wirtschaftsmacht zu verhindern,
2. Umverteilung der Einkommen mittels Steuersystem zur Verhinderung von unannehmbaren oder die Gesellschaft destabilisierenden Vermögensungerechtigkeiten,
3. Angebot von Sozialversicherungsprogrammen zur Erfüllung bestimmter Mindestforderungen verschiedener Gesellschaftsgruppen,
4. zentrale Steuerung der Währung zum Erreichen und zur Erhaltung einer stabilen Marktwirtschaft,
5. Berufsbildung und -fortbildung zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes,
6. Beeinflussung der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe mittels Steuervergünstigungen,
7. Umweltschutz und Kontrolle der natürlichen Ressourcen,

<sup>26</sup> Ludwig Erhard: „...das Wissen um die Pflicht, den Menschen endlich wieder Freiheit zu garantieren. Dieses Gefühl der Verantwortung führte mich dazu, dass ich sofort nach Übernahme des Amtes mit dem Gespenst aufräumte, welches sich bemühte, dass der Staat mit der Wirtschaft und den unternehmerisch tätigen Menschen manipulierte“ (Eduard, 1992).

<sup>27</sup> Alfred Müller-Armack, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Ludwig Erhard.

*Reform und Transformation*

8. Planung der städtischen und ländlichen Entwicklung in Übereinstimmung mit den Forderungen nach einer „ausgewogenen“ Umwelt<sup>28</sup>

Voraussetzung für die Nutzung des Marktpotentials im Nachkriegsdeutschland war die Zerschlagung der Monopolstruktur der nationalsozialistischen Wirtschaft. Die Struktur der deutschen Wirtschaft war ab Beginn der dreißiger Jahre in Übereinstimmung mit den gedanklichen Ambitionen des totalitären Regimes deformiert. Sie musste den Anforderungen der zentralen Leitung, sowie der Planung der Arbeitskräfte und Materialressourcen entsprechen. Daher kam es innerhalb von 12 Jahren der nationalsozialistischen Regierung zu einer ungeahnten Konzentration von wirtschaftlichen Ressourcen, begleitet durch eine Änderung der Wirtschaftsstruktur. Die deutsche Wirtschaft war kartellisiert. Die Schaffung von Bedingungen zur Änderung dieser Struktur, nach dem Entstehen von Konkurrenzbedingungen, erlangte im Jahre 1949 im westlichen Teil Deutschlands wirtschaftspolitische Priorität.

Die Diskussion über das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war bei uns recht oberflächlich. Die Opponenten der „Klaus-Reform“<sup>29</sup> kritisierten am meisten das explizite Fehlen des Adjektivs „sozial“ und argumentierten vor allem mit dem deutschen Wirtschaftswunder<sup>30</sup>, das ohne die soziale Marktwirtschaft nicht erzielt worden wäre. Entgegen der deutschen Mitbestimmung<sup>31</sup>, die sie als Ideal des sozialen Friedens hervorhoben, erachteten sie die „Klaus-Reform“ als asozial bis antisozial. In

<sup>28</sup> Alle diese Arten von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft konnten wir in der ersten Transformationsdekade in der Tschechischen Republik antreffen. Außerdem griff der Staat in die Preispolitik bei fast 20 % aller Arten von Gütern zum Ende der Dekade, in Unternehmungen im Bankwesen, der Chemieindustrie, im Hüttenwesen, bei der Kohleförderung, den Telekommunikationen, in der Gaswirtschaft und der Energiewirtschaft mittels Mehrheitsbesitz der bedeutendsten Firmen und mittels verschiedenen Formen von Regulation in alle Unternehmensbereiche ein.

<sup>29</sup> In diesem Sinn ist es ein Synonym für den billigten Transformationsprozess.

<sup>30</sup> Für die Zeit der bewundernswerten Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren wurde der Begriff Wirtschaftswunder geprägt.

<sup>31</sup> Der Begriff Mitbestimmung brachte das Recht der Werktätigen an der Mitbestimmung in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg zum Ausdruck. Die Werktätigen beteiligten sich an dem Entscheidungsprozeß durch die in den gemeinsamen Rat der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von ihnen gewählten Vertreter.

*Reform und Transformation*

ihrer Blindheit ist ihnen völlig entgangen, dass in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, mit Ausnahme der Ludditen-Gruppe<sup>32</sup> der Eisenbahnergewerkschaften, keine andere bedeutende Interessengemeinschaft in der Tschechischen Republik streikte.

Wenn wir daran denken, was die Schöpfer der sozialen Marktwirtschaft unter dem Adjektiv sozial verstanden (Erhard, 1992): „...tatsächlich und ehrlich gemeinte soziale Marktwirtschaft – wobei die Betonung stets bewusst auf das Wort „sozial“ gelegt wird – kann nur dann gesichert werden, wenn mittels Wettbewerb die bessere Leistung Vorrang vor der schlechteren Leistung hat und auf diese Weise durch den Wettbewerb eine optimale Befriedigung der Bedürfnisse, entsprechend Menge, Qualität und richtigen Preisen erzielt wird. Dieses Prinzip garantiert zugleich, dass auf eine höhere Leistung auch ein höherer Gewinn entfällt und dass aus sozialer Sicht betrachtet, der fähigere Unternehmer größere Sicherheiten und neue Chancen erhält.“

Václav Klaus akzeptierte bei der Verteidigung des Regierungsprogramms die oberflächige und irreführende Diskussion und lehnte resolut das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ab, ohne zu berücksichtigen, welchen Wert an ihn Erhard gelegt hatte: „Es erscheint mir überflüssig zu den Argumenten zurückzukehren, die gegen die deutsche „soziale Marktwirtschaft“ benutzt wurden. Sie stellt ein anderes Beispiel für einen dritten Weg<sup>33</sup> dar und es muss anerkannt werden, dass sein Anfang mit einem berühmten

<sup>32</sup> Ludditen wurden die Teilnehmer an Gewaltaktionen gegen die Einführung von Maschinen in die Produktion in England in den Jahren 1811-16 genannt. Sie waren der Meinung, dass die Maschinen ihnen ihren Arbeitsplatz wegnehmen würden und somit der Grund für ihre Arbeitslosigkeit seien. Die Bezeichnung Ludditen wurde von dem Namen ihres Anführers abgeleitet, der angeblich General Lud gewesen sein soll, der den Namen eines schwachsinnigen Jungen annahm, der durch seine exzentrischen Taten bekannt geworden war. Die Verbindung der Ludditen mit den Eisenbahnergewerkschaften kann niemand anderen als die Eisenbahnergewerkschaft, unter der Führung von Jaromír Dušek betreffen, die mit der Begründung der Erhaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsstils und der Vergütung in der staatlichen Organisationen Tschechische Eisenbahnen, durch Streik oder dessen Androhung eine Transformation der Tschechischen Eisenbahnen bereits seit dem Jahre 1993 äußerst effektiv verhindert.

<sup>33</sup> Seine Meinung zum sogenannten dritten Weg brachte der Autor in den gleichen Ausführungen absolut eindeutig zum Ausdruck: „Der sogenannte dritte Weg ist ein euphemistischer und gefährlicher, irreführender Begriff für den zweiten Weg – für den Sozialismus. ...Der dritte Weg ist der schnellste Weg in die dritte Welt.“

Mitglied der Mont Pelerin Society, Ludwig Erhard verbunden waren.“ (Klaus, 1999)

Diese ausgeprägte Meinung präsentierte Václav Klaus noch zu einer Zeit, zu der er sich mit der ODS noch in der sogenannten vertraglichen Opposition<sup>34</sup> befand. Angesichts des Charakters dieses politischen Bündnisses und unter Berücksichtigung der damaligen Maßnahmen der sozialdemokratischen Regierung, war es für den Vorsitzenden der sogenannten Vertragsoppositionspartei nicht einfach, sich den Wählern gegenüber abzugrenzen. Nur in diesem Zusammenhang lässt sich derartige Diktion rational erklären. In der Zeit, da sich die ODS einer größeren politischen Unterstützung erfreute und Regierungspartei deren Vorsitzender Premier war, war seine Diktion in Richtung des bekanntesten Vertreters der sozialen Marktwirtschaft anders: „Ludwig Erhard hat in der schwierigen Zeit der Nachkriegsrekonstruktion begriffen, dass ein Politiker, ein verantwortungsbewusster Politiker, etwas Positives leisten muss, dass die Politik schöpferisch, wagemutig sein muss,<sup>35</sup> dass sie auf die Abneigung von zahlreichen partiellen Interessen stoßen muss, dass sie den Raum des Möglichen erweitern muss, dass sie sich in dem bestehenden Raum nicht zufrieden einnisten darf und sich nicht nur lediglich bemühen darf, die laute[n], Druck ausübenden Gruppen durch ein Zugeständnis nach dem anderen, zufrieden zu stellen. ... Ich selbst bin sehr darum bemüht und Ludwig Erhard war für mich – vor allem in diesem Sinne – stets ein großes und selbstverständlich unerreichbares Vorbild.“<sup>36</sup>

<sup>34</sup> In Wirklichkeit handelte es sich um eine Form der parlamentarischen Koalition, auch wenn die Sozialdemokratie nach den Wahlen von 1998 eine Minderheitsregierung aus den Mitgliedern lediglich der eigenen Parteien und einem Parteilosen bildete.

<sup>35</sup> In dem gleichen Interview führte Václav Klaus weiter an: „Ich weiß, dass im Jahr 1948 die Schlagzeilen der deutschen Presse verkündeten „Professor Erhard ruiniert die Wirtschaft“, was den Vorhaltungen über einem überflüssigen enger schnallen der Gürtel ähnelt, das mir zugeschrieben wird“ (Econom 26/1993, S. 21).

<sup>36</sup> In diesem Sinne war Ludwig Erhard für Václav Klaus tatsächlich unerreichbar. Auf anderem Gebiet, beim Erhalt aktiver Unterstützung der Bürger beim Transformationsprozess, hat Václav Klaus ihn in bestimmter Weise übertroffen. Vorausschauend lehnte er verschiedene Formen der Teilnahme der Werktätigen an der Leitung ab (ähnlich der deutschen Mitbestimmung), angefangen bei den Betriebsräten bis hin zu ESOP (Employee Share Ownership Plan, bzw. Projekt von Aktiengesellschaften im

Während jedoch Ludwig Erhard das Adjektiv „sozial“ unter den anspruchsvollen Bedingungen des aufkommenden kalten Krieges mit liberalem Inhalt zu erfüllen schaffte<sup>37</sup>, so überzeugte Václav Klaus im Gegensatz dazu, dass der Begriff Liberalismus in der Zeit der gipfelnden europäischen verwaltungsbürokratischen Einigung mit sozialistischem Inhalt gefüllt werden kann.<sup>38</sup>

## 5. Entwendete Transformation

Nach einem beachtenswerten Beginn und einem hoffnungsvollen Verlauf des wirtschaftlichen Wandels, begann der Transformations-

Besitz der Arbeitnehmer). Die Kuponprivatisierung wurde zu einem eleganten Instrument der aktiven Einbeziehung der Bürger in den Transformationsprozess. Die Tschechische Republik war nach der Kuponprivatisierung ein Land mit dem größten Anteil von Aktionären und Anteilbesitzern an den Betrieben im Bezug zur Bevölkerungszahl des Staates. Obwohl manche nach der Aktienübertragung auf das Konto diese sofort veräußerten, begann sich der Großteil für den Preis ihrer Wertpapiere, deren Umwandlung, das Wirtschaftsergebnis der Betriebe und die makroökonomische Situation zu interessieren. Das Eigentum wurde zu einem Instrument deren Identifikation mit der Wirtschaftstransformation - wenigstens vorübergehend. Letztendlich blieb auch das Recht der Werkätigen zur nicht in seiner ursprünglichen Form ohne wesentliche Änderungen.

Es ist nicht uninteressant, dass die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1996 Václav Klaus den Ludwig Erhard Preis erteilt hat.

<sup>37</sup> Nachdem im Jahr 1966 Erhard das Kanzleramt verließ, begann eine schnelle Umwandlung der sozialen Marktwirtschaft in eine Wirtschaft eines Wohlstandsstaates. In den siebziger Jahren behauptete Erhard wiederholt, dass das westdeutsche Wirtschaftssystem nichts mit dem ursprünglichen Konzept der sozialen Marktwirtschaft gemeinsam habe. (Jeske, 1998) Auf diese Gefahr machte auch der Nationalwirtschaftswissenschaftler Röpke bereits Ende der fünfziger Jahre aufmerksam, als er seine tiefen Befürchtungen vor dem Zuwachs der sozialen Funktion des Staates, zum Ausdruck brachte. Der staatliche Paternalismus begann seiner Meinung nach, die Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und seine Familie zu übernehmen (Röpke, 1957).

<sup>38</sup> Zahlreiche sogenannte liberale Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der liberalen politischen Philosophie in der Tschechischen Republik störte diese Tatsache nicht sehr, wenn der Schatten von Klaus für sie zu einem Lift zu politischer Macht wurde. Logischerweise hätte diese Form der pragmatischen Abweichung von dem klassischen liberalen Paradigma, die Sozialdemokraten am meisten stören sollen, denn sie näherte sich immer mehr dem Programm der sogenannten neuen Linken, und hinderte dadurch die tschechischen Sozialdemokratie sich auf den Weg deren westeuropäischer Schwesterparteien zu begeben (z. B. der britischen Labour Party). Dies ist nicht geschehen und unsere Sozialdemokraten übernahmen es, die Ideen des Manifestes der kommunistischen Partei (Karl Marx und Friedrich Engels, herausgegeben im Jahre 1848 und eine komplexe Erläuterung des marxistischen Programms beinhaltend), zu propagieren und mit Leben zu erfüllen, dem unsere Gesellschaft bisher widerstand (Šíma, 1998).



*Reform und Transformation*

prozess ab dem Jahr 1995 an Dynamik und Systematik einzubüßen. Die Einstellung der Privatisierung der Banken wurde durch eine Welle von zentral gesteuerten Konsolidierung des privaten Teils des Banksektors ersetzt<sup>39</sup>, was unerwartete Probleme verursachte, die in der Verzögerung bis hin zur Einstellung der strukturellen Veränderungen in der tschechischen Wirtschaft zum Ausdruck kam.<sup>40</sup> Obwohl die makroökonomischen Kennzahlen, mit Ausnahme des Saldos der Leistungsbilanz, keine Anzeichen einer gravierenden Unausgewogenheit aufwiesen, griff die Zentralbank Mitte des Jahres 1996 zu einer nachdrücklichen monetären Restriktion.<sup>41</sup> Die überraschende Reaktion der Wirtschaft lies nicht lange auf sich warten.<sup>42</sup>

Lange vor dem Eingriff der Zentralbank verlangsamte sich bis sogar zum Stillstand der Privatisierungsprozess auch in anderen Wirtschaftszweigen. Er wurde lediglich in den Fällen zum Ende geführt, wo das Interesse der politischen Macht mit den Interessen der neuen Erwerber übereinstimmte. Die Beispiele der Privatisierung

<sup>39</sup> Über zahlreiche neu gegründete private Bankinstitute (Banka Bohemia, AB Banka, Česká banka, Pragobanka, Plzeňská banka, Podnikatelská banka u.a.) wurde aufgrund unzureichender Liquidität von der Zentralbank Zwangsverwaltung verhängt, was faktisch deren Verstaatlichung gleich kam. Anschließend wurden einige von ihnen geleitete Bankinstitute fusioniert, andere im Rahmen von Konkursverfahren liquidiert. Der Konsolidierungsprozess war hinsichtlich der Aufwendungen aus den öffentlichen Haushalten, äußerst anspruchsvoll. In diesem Falle handelte es sich nicht um die Zahlung der sogenannten Transformationsaufwendungen aus den Taschen der Steuerzahler, sondern um Aufwendungen, die durch unvollkommene Gesetze, Fehlen der unternehmerischen Ethik und Versagen der Zentralbank in der Funktion der Bankaufsichtsbehörde, verursacht wurden.

<sup>40</sup> Die vom Staat in die Geschäftsorgane der vom Staat kontrollierten Banken eingesetzten Beamten, setzten die Gewährung der höchst riskanten Kredite fort (was sich auch bei späterem Verkauf dieser Banken zeigte, wo sog. Problemaktiva mittels der Konsolidací banka auf den Staat übertragen werden mussten), nicht nur an Firmen deren Vermögensbeteiligung sich im Portfolio der Investitions- und Beteiligungsfonds befand, die von den Tochtergesellschaften der Banken verwaltet wurden, sondern auch anderen, größtenteils mittleren und großen Gesellschaften, deren vorübergehende Finanzierungsprobleme die Arbeitslosigkeit vergrößern könnte.

<sup>41</sup> Innerhalb von sechs Wochen erhöhten sich die drei entscheidenden Sätze: der zweitägige Repozatsatz von 11,8 % auf 12,4 %, der Diskontsatz von 9,5 % auf 10,5 %, der Lombardsatz von 12,5 % auf 14,0 % und die gesetzliche Mindestrücklage von 8,5 % auf 11,5 %.

<sup>42</sup> Dies zeigte sich zuerst mit einer Verspätung von ca. 9 Monaten durch ein starkes Absinken der Staatshaushaltseinnahmen.

*Reform und Transformation*

aus dieser Periode beeinträchtigten das Vertrauen der Bevölkerung in die positiven Ergebnisse des Privatisierungsprozesses nicht nur hinsichtlich der Gesamtleistung der Wirtschaft, sondern auch hinsichtlich der einzelnen Kunden und Verbraucher.<sup>43</sup> Unvollendet blieb die Preisliberalisierung, die von den Staatsbeamten mit einem sogenannten Preisvergleich, der entsprechend den gebilligten Plänen erfolgen sollte, ersetzt wurde. Mittels Preisvergleich, bei dem eher die Praxis der zentralen Planung als der Einfluss der Kräfte des Marktes angewandt wurde, sollte die größte Diskrepanz zwischen den regulierten und Marktpreisen beseitigt werden. Ergebnis dieser Bemühungen war meistens eine noch größere Preisdiskrepanz.<sup>44</sup>

Die Unfähigkeit, die Preisliberalisierung zu beenden sowie den 20% Anteil der Waren und Dienstleistungen mit regulierten Preisen im Wägungsschema radikal zu senken, trug zum enormen Anstieg der Außenhandelsungleichheit zu Beginn der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bei. Die Finanzmittel, die durch den Verkauf der Aktien aus der Kuponprivatisierung gewonnen wurden, wurden von der Bevölkerung zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausgegeben, überwiegend zum Kauf von importierten Gebrauchsgütern (Mikrowellenherde, Kühlschränke, Farbfernsehgeräte u. ä.), sowie für Auslandsreisen. Falls es zu einer Freigabe der regulierten Mieten, beziehungsweise Liberalisierung der Preise für Energie, Telekommunikation, Post und Verkehrsdienstleistungen kommen würde, würden die ausgegebenen Finanzmittel im Lande verbleiben. Im Fall der Freigabe der Mietpreise hätten die nachträglich ausgegebenen Finanzmittel bestimmt zur Erneuerung des Wohnungsfonds und dessen Erweiterung beitragen. Der Zuwachs der Einnahmen der staatlichen Energiegesellschaften könnte die Einnahmen in die öffentlichen Haushalte „verbessern“. Auf jeden Fall hätten die steigenden

<sup>43</sup> Ein Referenzbeispiel dieser Zeit ist die Privatisierung der Český Telecom. Der Erwerber, der sogenannte strategische Investor, die niederländisch-schweizerische Gesellschaft Tel-Source, kaufte 27 % der Aktien, wodurch er nicht nur den inländischen Telefonbetreiber mit Monopolstellung beherrschte, sondern der Kaufvertrag sicherte ihm eine solche Regulierung der Telekommunikation via Festnetze, dass ihm tatsächlich in den folgenden 5 Jahren kein anderes Subjekt auf diesem Gebiet ernsthaft konkurrieren konnte.

<sup>44</sup> Eine unerschöpfliche Quelle an Beispielen bietet die tschechische Gaswirtschaft und die Energiewirtschaft in den Jahren 1995-2000, oder die regulierten Wohnungsmieten, wo seit dem Jahre 2001 in vielen Gebieten, vor allem in den Siedlungen bis zu 20 tausend Einwohnern, die Preise der regulierten Mieten oftmals höher sind, als die nicht regulierten.

*Reform und Transformation*

Einnahmen der inländischen Produzenten einen positiven makroökonomischen Effekt und die Unausgeglichenheit der Leistungsbilanz müsste nicht ein solches Niveau erreichen, welches die Zentralbank zu einem derart radikalen Eingreifen zwang, welches sich mit einer Verspätung von 6–9 Monaten in einem rasanten Absinken der Dynamik des Bruttoinlandsproduktes und einem Absinken der Einnahmen in den Staatshaushalt auswirkte.

Im Jahr 1995 kam es zu einer Lockerung der fiskalen Restriktion, die vor den Wahlen 1996 durch eine fiskale Expansion abgelöst wurde.<sup>45</sup> Eine der Äußerungen war die Vervielfachung und Erstarkung der öffentlichen Haushalte. Dafür sorgte vor allem die Regierung durch die Schaffung der sogenannten Transformationseinrichtungen<sup>46</sup> mit äußerst undurchsichtigen Finanzverbindungen gegenseitig sowie auch gegenüber dem Staatshaushalt. Durch deren Hilfe begann der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung. Die bedeutendste Quelle des langfristig unausgewogenen Staatshaushaltes wurde der enorme Zuwachs der vorgeschriebenen Ausgaben (mandatory expenditures)<sup>47</sup>, und zwar vor allem der Sozialausgaben. Der Zuwachs dieser Ausgaben war ein Zeichen der bevorstehenden Wahlen und das Bemühen um die Gunst einer bestimmten Gruppe von Wählern. Der Ruf einiger Wählergruppen nach Einführung eines Wohlstandsstaates (welfare state) skandinavischen Typs, konnte unter unseren Bedingungen zu nichts anderem als zu einer Gesellschaft führen, die ihre Armut aufteilt, ganz nach dem Motto: Welfare without Wealth!

Das Wahljahr 1996 war die Ursache für eine deutliche Verlangsamung, in verschiedenen Bereichen, bis hin zu Einstellung der

<sup>45</sup> Sie war höchstwahrscheinlich durch das Bemühen geleitet „Wählerstimmen zu kaufen“, als Gegenmaßnahme, die die durch Klaus häufig kritisierte monetäre Restriktion abschwächen sollte: „Herr Klaus ist besonders durch den Stand des tschechischen Bankwesens frustriert. An deren derzeitige Kreditrestriktion er die Berater beschuldigt, die „Druck“ auf die Banken ausüben, einen unrealistisch hohen Anteil ihrer Aktiva als Rücklage einzubehalten, wie er behauptet“ (The Wall Street Journal Europe, October 14, 1993).

<sup>46</sup> Dazu zählen: Fonds des Nationalvermögens, Konsolidační banka, Česká finanční, Česká inkasní, Kompo, Prisko und weitere.

<sup>47</sup> Vorgeschriebene Ausgaben (mandatory expenditures) des öffentlichen Haushaltes, deren Höhe durch die gültige Gesetzgebung festgelegt ist. Da sie ohne vorhergehende legislative Änderung nicht gesenkt werden können, wurde die Änderung deren zunehmenden Steigerung zu einem langfristigen volkswirtschaftlichem Problem.

*Reform und Transformation*

Wirtschaftstransformation. Nicht nur im Verhalten der Regierung setzten sich die kurzfristigen Wahlpräferenzen durch. Diese äußerten sich selbst bei der Zentralbank, die lange Zeit mit der Freigabe des Währungskurses und dem Übergang in das System der flexiblen Währungskurse zögerte. Ebenso wurde auch die erwartete Liberalisierung der Finanzoperationen auf den Kapitalkonten der Zahlungsbilanz<sup>48</sup> immer wieder vertagt. So kam es zur Erfüllung des geflügelten Wortes, das im Zusammenhang mit der zeitlichen Dimension, den einzelnen Phasen und der Verbindung der Reformmaßnahmen des Zentrums, von dem berühmten neuseeländischen Reformator Roger Douglas geprägt wurde: „Der Hund muss bei der Jagd ständig seinen Hasen sehen“ (Klaus, 1995). Wenn er ihn nicht mehr sieht, bleibt er stehen, sieht sich um und beginnt ein anderes Ziel zu verfolgen. Dies passierte mit dem ursprünglichen Projekt unserer Wirtschaftstransformation.

Die radikalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen die Wirtschaftstransformation eingeleitet wurde, wurden nicht erfüllt. Das diese nicht beendet wurden, wirkte sich auf das Funktionieren dieser Maßnahmen und die positiven Erwartungen, die damit verbunden waren, negativ aus<sup>49</sup>. Die Verlangsamung der Transformation und offensichtliche Defekte beim Funktionieren des Gesellschaftssystems<sup>50</sup> gewährte einen immer umfangreicheren Raum zur Argumentation der Opponenten des ursprünglichen Transformationsprojektes, für deren Infragestellung.<sup>51</sup> Unter der Last der erzwungenen politischen Kompromisse wurde die Richtung der ursprünglichen Transformationsbewegung der tschechischen Wirtschaft in Richtung eines dritten Weges verlassen. Somit blieb das irrever-

<sup>48</sup> In der derzeitigen Struktur der Zahlungsbilanz, die mit den Ländern der EG harmonisiert wird, entspricht dieses Konto der Kapitalbilanz.

<sup>49</sup> Typisch ist die Meinung des damaligen Ministers für Privatisierung Tomáš Ježek: „Ich bin mir völlig sicher, falls Europa stabil bleibt, wird unsere Wirtschaft erfolgreich sein und innerhalb von fünf Jahren werden wir von einem tschechischen Wunder sprechen“ (The Wall Street Journal Europe, October 14, 1993).

<sup>50</sup> Zum Beispiel das niedrigere Niveau der Rechtsdurchsetzung, Probleme im Bankwesen, künstliche Engpässe an freien Wohnungen usw.

<sup>51</sup> Diese Meinung bestätigt in überzeugender Weise durch seinen Ausspruch aufgrund eigener Erfahrungen bei der Reform der neuseeländischen Wirtschaft der ehemalige Finanzminister Neuseelands, Roger Douglas: „Die Schüsse der Opponenten sind weniger genau, wenn sie schnelle und bewegliche Ziele treffen müssen“ (Šíma, 1999).

*Reform und Transformation*

sible politische Potential, über das die erste Regierung der selbständigen Tschechischen Republik verfügte, ungenutzt. Es kam selbstverständlich nicht mehr zur Realisierung der nachfolgend erwarteten Maßnahmen, die vor allem in der Deregulierung der monopolisierten Bereiche, der Domäne der vom Staat enteigneten Betriebe, beziehungsweise angeblich privatisierten Aktiengesellschaften bestand<sup>52</sup> und grundlegenden Steuerreformen, mit deren Hilfe die Tschechische Republik ihre Stellung außerhalb der steuerharmonisierten Struktur der EG effizienter nutzen konnte. Zu wesentlicheren erwarteten Systemveränderungen kam es ebenfalls nicht bei der Renten-, Sozial- und Krankenversicherung, beim Schulwesen sowie in der Staatsverwaltung.

Anstelle dessen setzten sich partikuläre Interessen der einzelnen Druck ausübenden Gruppen durch, angefangen von den Berufsvereinigungen mit Pflichtmitgliedschaft, über die Gewerkschaften, bis hin zu den Managern dominierender Firmen in den regulierten Bereichen. Die Gewährung von Privilegien einer der Interessengruppen (z. B. dem Monopolimporteur von Erdgas, beziehungsweise Monopolbetreiber des Übertragungsnetzes usw.) kombiniert mit sozialem Dumping zu Gunsten anderer Interessengruppen (z.B. der Benutzer von Wohnungen mit regulierten Mieten, beziehungsweise Benutzer des Gemeinwohls, mittels Soft-Kriterien zur Gewährung von Sozialleistungen, beziehungsweise Arbeitslosengeld usw.) waren Anzeichen für eine Verlangsamung und in verschiedenen Bereichen sogar für das Einstellen des Transformationsprozesses.

Der Ruf nach der Gründung von sogenannten unabhängigen Regulatoren, die die Unternehmungen in den Bereichen, in denen ein Missbrauch der dominanten Stellung eines Subjektes, beziehungsweise ein Missbrauch der sogenannten ungleichen Stellung der Lieferanten gegenüber den Abnehmern drohte, überwachen sollten, wurde zu einer effektiven Art der Konservierung der oben angeführten Bedrohungen. Die Gründung von zentralen, sogenannten unabhängigen Organen, die die Verteilung von Strom, über den Bet-

<sup>52</sup> Ein Beispiel der quasi-privatisierten Gesellschaft ist die Aktiengesellschaft ČEZ, die zu 32,39 % im Rahmen der ersten Privatisierungswelle privatisiert wurde, in Wirklichkeit jedoch weiterhin im Besitz des Fonds des Nationalvermögens der Tschechischen Republik, fest von den Staatsbeamten beherrscht wird.

*Reform und Transformation*

rieb der Eisenbahnen, bis hin zur Zuteilung von Sendefrequenzen regulieren, wurde faktisch zu einem Test des Erfolges der Interessengruppen. Die nicht durch den Markt bestimmte und undurchsichtige Art und Weise der Zuteilungen von unzähliger Genehmigungen, Konzessionen und Lizenzen, gleich ob durch das Regulierungsamt oder die Organe der Staatsverwaltung, waren eine logische Folge vom Beschreiten des „dritten Weges“. Die wachsende Rolle des Staates in der Gesellschaft schaffte dadurch geeignete Bedingungen für die Ausweitung der Korruption.<sup>53</sup> Die Tschechische Republik bildete auch in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik im Jahr 1996 ergab keine großen Hoffnungen, dass es zu einer Erneuerung der dynamisch eingeleiteten wirtschaftlichen Änderungen kommt. Die auf komplizierte Art und Weise gebildete alt-neue Koalitionsregierung, bestehend aus den Mitgliedern der siegreichen ODS und ferner der KDU-ČSL und der ODA, die zusammen eine geringere absolute Unterstützung der Wähler erhielten, als sie im Jahre 1992 hatten, gab die Sicherheit für die Suche eines noch komplizierteren politischen Konsens in der Exekutive. Das höchste Exekutivorgan des Staates wurde neben dem Parlament zu einem weiteren Ort der politischen Konfrontation für die einzelnen Koalitionsparteien, was deren Aktionsfähigkeit im Prozess der erwarteten Wirtschaftsreform enorm beeinträchtigte. Dies war einer der bedeutendsten Gründe, weshalb die erwartete Wirtschaftsentwicklung durch unerwartete Prozesse, an deren Wiege die Entscheidung der Zentralbank zur Erhärtung der Währungsdisziplin in den Sommermonaten des Jahres 1996 stand, ersetzt wurde. Die sogenannte Pakettherapie<sup>54</sup> der Regierung im Jahre 1997, die damit auf den Einnahmerückgang für die öffentlichen Haushalte reagierte, war ein Komplex von erzwungenen

<sup>53</sup> Diese Beziehung wurde überzeugend im Rahmen der Konstruktion des Indices der ökonomischen Freiheit durch das Fraser Institut bewiesen. Die empirischen Forschungen von annähernd 90 Ländern der Welt zeigten eine Korrelation zwischen dem Maß der wirtschaftlichen Freiheit und dem Auftreten von Korruption. Es gilt, je größer das Maß wirtschaftlicher Freiheit ist (d. h. je geringer das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft ist), desto geringer ist die Häufigkeit von korrupten Handlungen.

<sup>54</sup> Der Inhalt von zwei Paketen, bezeichnet als Korrektur der Wirtschaftspolitik vom 16. 04. 1997 und Stabilisierungs- und Gesundheitsprogramm vom 28. 5. 1997, war vor allem eine Begrenzung der Haushaltsaufwendungen, Schutz einheimischer Hersteller in Form von Einführung der Importzuschläge usw.



Wirtschaftsmaßnahmen, die nur wenig mit dem ursprünglichen Programm der Wirtschaftstransformation gemein hatten. Außerdem wurden die sekundären Probleme gelöst, wie eine unerwartete Senkung der Staatshaushaltseinnahmen und der Anstieg des negativen Saldos der Leistungsbilanz. Zur Lösung der wesentlichen Probleme – der Freigabe des Währungsregimes und der weiteren Liberalisierung der Wirtschaft – leisteten sie überhaupt keinen Beitrag.

Die Schaffung von positiven Erwartungen bei der Bevölkerung, kombiniert mit der Erklärung über die Beendigung des Transformationsprozesses<sup>55</sup>, führte nicht nur zu dessen Verlangsamung, sondern zum Ersatz des ursprünglichen Transformationsprojektes, begründeten mit der Begrenzung der Rolle des Staates in der Wirtschaft durch Maßnahmen die zu immer intensiveren Eingriffen des Staates in die Wirtschaft führten<sup>56</sup>. Die implizite Industriepolitik<sup>57</sup>, mittels der die einzelnen Interessengruppen in der Lage waren „weichere“ Auswirkungen der Transformationsmaßnahmen zu erzielen, wandelte sich nach dem Jahre 1995 in eine explizite Industriepolitik, in deren Rahmen die etablierten Wirtschaftsgruppierungen ihre Eigeninteressen effektiv durchsetzen konnten. Besonders destruktiv war die Tatsache, dass das Ruder der Transformation nicht deren Programm- beziehungsweise politische Gegner umgedreht haben, sondern deren ursprüngliche Architekten<sup>58</sup>. Das Argument, dass man so

<sup>55</sup> Václav Klaus wurde in diesem Sinne in der Wirtschaftszeitung vom 12. Oktober 1993, S. 3 zitiert: „Die Wirtschaftsreform ist bereits beendet und die grundlegenden Reformschritte wurden in diesem Lande ausgeführt.“

<sup>56</sup> An dieser Stelle zitieren wir, der Ordnung halber, aus *Human Action*, einem Werk, welches angeblich Václav Klaus am stärksten inspirierte: „Jegliche Eingriffe in die Markterscheinungen haben die Eigenschaft, dass sie nicht nur die Ziele, nach denen diejenigen streben, die diese Eingriffe ausdenken und unterstützen nicht erreichen, sondern sogar zu einem Zustand führen, der – und zwar sogar aus der Sicht der Vertreter dieser Eingriffe – weniger erforderlich ist als der Zustand, den sie zu verändern bemüht sind“ (Mises, 1949, S. 859).

<sup>57</sup> Neben dem Verkauf von Manageraktien durch den Fonds des Nationalvermögens an Manager verschiedener, vom Staat kontrollierten Aktiengesellschaften, war dies zum Beispiel auch die sogenannte Dämpfung des Bergbaus, die Entschwefelung der Heizkraftwerke, die Erhaltung sozialistischer Unternehmen im Eisenbahnverkehr u. ä.

<sup>58</sup> „Herr Klaus glaubt fest daran, dass ein freier Markt fast absolut frei sein sollte. Diese Meinung macht aus ihm nicht nur den konservativsten Politiker in den Transformationsländern, sondern auch zum Anwärter auf diesen „Titel“ weltweit. (The Wall Street Journal Europe, October 14, 1993) Zu ähnlichen Pressebeiträgen führte die liberale

hinsichtlich eines klaren Wahlsieges handele, damit nach den Wahlen die Dynamik der Wirtschaftsveränderungen wieder die ursprüngliche Geschwindigkeit gewinnen könnte, kann nicht bestehen.

## 6. Basarkapitalismus

Die tschechische Gesellschaft, obwohl sie im Jahre 1991 ein imposantes Programm der Wirtschaftstransformation einleitete, wurde weder zum mitteleuropäischen Tiger, noch zu einem Wirtschaftswunder. Sie wurde zu keiner Gesellschaft, in der die transparente unsichtbare Hand des Marktes (*invisible hand*) und das Gesetz „regieren“, mittels denen sich das moralische Verhalten und die langfristigen Ziele vor den kurzfristigen durchsetzen. Im Gegenteil, nach der Zeit der hoffnungsvollen Systemveränderungen in den Jahren von 1990 bis 1995 begannen sich in der tschechischen Gesellschaft Verhaltensmodelle begründet auf „unsichtbarem Händeschütteln“ („*invisible handshaking*“),<sup>59</sup> durchzusetzen. Die Subjekte, die sich mittels dieser Verhaltensweise durchsetzen, haben andere zeitliche Präferenzen als die Subjekte, die der Konkurrenz auf den „offenen Märkten“ ausgesetzt sind. Im Wirtschaftssystem mit markanter Rolle des Staates und dem dadurch bedingten starken Einfluss der Politik auf die Wirtschaft, muss sich die wirtschaftliche Entscheidung oftmals den politischen Bedürfnissen unterordnen. Der politische Zyklus, der durch die Wahlen abgegrenzt ist, beeinflusst die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Diese haben unter den gegebenen Umständen die Tendenz, die kurzfristigen Ziele gegenüber den langfristigen vorzuziehen. Unter den Bedingungen der Rechtsunsicherheit, da die Nichteinhaltung abgeschlossener Verträge zu einem normalen Verhaltensmuster wird, des geringen Effekts der Einforderung des Rechtes, der wachsenden Verbindlichkeiten aus nicht erfüllten Kontrakten einschließlich Schulden, sich weiter verbreitender Zahlungsunfähigkeit, die massenhafte Ausmaße annimmt und der selten vorkommenden Unternehmerethik, wird die Verfolgung von langfristigen Zielen für die

Rhetorik, durch die sich Václav Klaus unauslöschlich in die Gedanken seiner in- und ausländischen Bewunderer eingeschrieben hat: „... wir haben begriffen, dass so etwas wie ein „öffentliches“ Interesse usw., nicht existiert“ (Jüngling, 1998).

<sup>59</sup> Dies ist der übertragene Ausdruck für eine undurchsichtige Interessenverflechtung kooperierender politischer und Wirtschaftsgruppierungen.

*Reform und Transformation*

Wirtschaftssubjekte zu kostenintensiv. Sie ist mit einem äußerst hohen Maß an Risiken verbunden. Daher setzen sich in der Umgebung, wo die Wirtschaftssubjekte durch hohe Transaktionsaufwendungen belastet werden, kurzfristige Ziele auf Kosten langfristiger Ziele durch. Ein solches System entspricht der Definition des Begriffs Basarkapitalismus<sup>60</sup>.

Wegen der Präferenz von kurzfristigen Zielen werden im Basarkapitalismus wirtschaftspolitische Maßnahmen, deren Verwirklichung die Dauer einer üblichen Wahlperiode überschreitet, nicht realisiert. Deswegen bemühte sich beispielsweise nach dem Jahre 1995 kein politisch relevantes Subjekt in der Tschechischen Republik um grundlegende Reformen im Rentensystem, Gesundheitswesen, der Sozialversicherung, beziehungsweise dem Schulwesen. Dies ist kein Wunder, denn keine der drei bisherigen Regierungen versuchte grundlegende Änderungen zum Beispiel weder beim Funktionieren der Staatsverwaltung, noch beim Eisenbahnverkehr<sup>61</sup>, obwohl beide juristisch, organisatorisch und technisch in einem Zeitintervall von 18 Monaten realisierbar wären, so wie dies die Erfahrungen zahlreicher Länder beweisen.

Im Jahre 1995 wurde der dritte Weg eingeschlagen, der schrittweise das ursprüngliche Programm der Wirtschaftstransformation beseitigte und führte uns bisher in das Stadium des Basarkapitalismus. Es ist nun die Frage ob es uns als einem Mitgliedsland der EU gelingt, die negativen Charakteristiken unseres Gesellschaftssystems loszuwerden. Obwohl sich der Termin des Beitritts der Tschechischen Republik in die Europäische Union nähert und obwohl

<sup>60</sup> Die breite Bezeichnung für die englische bazar economy, die in die ökonomische Theorie von dem bedeutenden amerikanischen Ökonom und führenden Vertreter der Public-Choice-Schule, William Niskanen geprägt wurde. Die Basarwirtschaft begreift er als degenerierten Stand der Wirtschaft, in der langfristige Ziele durch kurzfristigen Handel und Finanzoperationen oder Spekulationen ersetzt sind (Niskanen, 1991).

<sup>61</sup> Den Gesetzentwurf über die Tschechischen Eisenbahnen aus dem Jahre 2001 bzw. dessen Änderungen beim Funktionieren der Staatsverwaltung im Zusammenhang mit der Realisation der neuen Aufgliederung der Gebietsverwaltung der Tschechischen Republik, kann man nicht als grundlegende Änderung beim Funktionieren der betreffenden Institutionen erachten, sondern lediglich als deren Anpassung an die neuen Bedingungen. Beide Institutionen bleiben weiterhin vor dem positiven Einfluß von Konkurrenz „verschont“, und daher sind die Dienstleistungen, die sie gewähren hinsichtlich ihrer Menge und Qualität, zu teuer.

*Reform und Transformation*

sich die Anzahl der bisher noch nicht abgeschlossenen Kapitel zwischen unserer Regierung und der EU verringert, zeigt sich bei uns bisher diese Tatsache noch nicht offensichtlich durch einen größeren Respekt gegenüber dem Recht, bessere Einhaltung der abgeschlossenen Verträge, höhere Effektivität deren Einforderung, Absinken der nicht getilgten Schulden, beziehungsweise höhere Unternehmensethik.

Ein Ausweg aus dem Basarkapitalismus ist das Beschreiten des Weges konsequenter und konsistenter legislativer Änderungen, deren gemeinsames Merkmal höhere Aufgabenstellungen und Verantwortlichkeiten der Einzelpersonen in der Gesellschaft und die Begrenzung der Reichweite der bisherigen „allumfassenden Hand“ des Staates, lediglich auf eine effektive Gewährung von Dienstleistungen, die ihrem Charakter nach für die Einzelpersonen zu aufwendig, beziehungsweise unter der derzeitigen Bedingungen überhaupt unerreichbar wären. Dies setzt selbstverständlich eine starke Reduzierung der nicht effektiven Umverteilungsprozesse voraus, ohne das es zu einer Senkung der sozialen Sicherheiten der sogenannten berechtigten Bürger<sup>62</sup> kommt. Ein derartiges System würde auf der einen Seite eine positive Motivation für ein verantwortungsbewusstes Handeln der Bürger schaffen und auf der anderen Seite in der Lage sein, sich in angemessener Weise um die Behinderten, Kranken, Invaliden, Senioren und alleinstehenden Kinder zu kümmern. Es würde sich dabei nicht um das bisher angewandte bismarcksche System, der vom Staat aufgezwungenen Pseudosolidarität, handeln, sondern um vom Staat bezahlte hochwertige Dienstleistungen entsprechend festgelegter Kriterien.

Es ist ein Paradox, dass bei uns die Verantwortung für den Basarkapitalismus häufig dem Liberalismus, der politischen Philosophie, die aus der spontanen Ordnung hervorgeht und Nachdruck auf die individuelle Freiheit und das Prinzip der Freiwilligkeit, den Schutz des Privateigentums, den offenen Wettbewerb auf den freien Märkten, auf das Prinzip der Oberhoheit des Rechtes und die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Völker legt, unterstellt wird. Die Anwendung des Prinzips der

<sup>62</sup> In diese Kategorie würden die Bürger entfallen, die die festgelegten gesundheitlichen und sozialen Kriterien erfüllen und freiwillig ihre Vermögensnachweise offenlegen.

*Reform und Transformation*

Oberhoheit des Rechts ist ohne ordnungsgemäßes Funktionieren der Institutionen, die spontan zur Durchsetzung und Einforderung des Rechtsnormen entstanden sind, unmöglich. Die praktische Politik, die nach dem Jahre 1995 auf der Basis der Prinzipien der liberalen Philosophie und liberalen Ökonomie realisiert wurde, weicht von den Prinzipien der liberalen Philosophie und liberalen Ökonomie immer mehr ab. Der Liberalismus kann daher nicht der Durchsetzung des Basarkapitalismus in der Tschechischen Republik beschuldigt werden. Für das Versagen der Politiker kann daher nicht das theoretische Fundament zur Verantwortung gezogen werden, was von den Gegnern der liberalen politischen Philosophie und der liberalen Ökonomie ausnahmslos getan wird. Dieses theoretische Fundament war außerdem im Fall der tschechischen Transformation nicht real genutzt worden. Im Gegenteil, es kam zu dessen Falschinterpretation auf der Ebene oberflächiger Phrasen und verzerrten Proklamationen zur Begründung zweckgebundener wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre immer mehr in Widerspruch zu dem ursprünglichen Transformationsprojekt gelangten.

*Reform und Transformation***Literatur:**

- Buchanan, James: Hranice slobody, Archa, Bratislava, 1996.
- Dluhosch, B.; Krueger, M.: „The Marshall Plan as a Development Push? A Cautionary Tale from Germany.“ In K. R. Leube (ed.) Vordenker einer neuen Wirtschaftspolitik, The International Library of Austrian Economics, Vol. 5, 2000, Frankfurt: FAZ Buch.
- Douglas, Roger: Unfinished Business, New Zealand, Random House, 1993.
- Ebeling, Richard M.: The Limits of Economic Policy: The Austrian Economists and the German ORDO Liberals, in Champions of Freedom: The Age of Economists (from Adam Smith to Milton Friedman), Hillsdale College Press, Hillsdale, Michigan, 1999.
- Erhard, Ludwig: Prosperity through Competition, Thames and Hudson, London, 1958.
- Erhard, Ludwig: Blahobyt pro všechny, in Sociální tržní hospodářství, Logos, Praha 1992, s. 17.
- Eucken, Walter: This Unsuccessful Age, or the Pains of Economic Progress, William Hodge and Co., London, 1951, Seiten 31–36.
- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Springer Verlag, 1989.
- Friedman, Milton: Kapitalismus a svoboda, Liberální institut, Praha 1993.
- Jeske, J.: „Wäre Erhard heute ein Linker?“, In Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25 March 1998.
- Ježek, Tomáš: Útěk před právníky ano, ale jen před některými, MFDnes 1. 10. 1996, S. 5.
- Jüngling, Petr; Koudela, Tomáš; Žantovský, Petr: Tak pravil Václav Klaus, Praha, Votobia, 1998, S. 138.
- Klaus, Václav: Ekonomická věda a ekonomická reforma, Gennex & Top Agency, Praha 1991.
- Klaus, Václav: Ekonomická teorie a realita transformačních procesů, Management Press, Praha 1995.
- Klaus, Václav: Právo a transformace české společnosti, Vortrag gehalten an der PF der Karlsuniversität am 29. 4. 1997 für den Juristenverein VŠEHRD, Pravý úhel, Nr. 6, Juni–Juli 1997.

*Reform und Transformation*

Klaus Václav: *The Third Way and Its Fatal Conceits*, Publikation der Beiträge von MPS Regional Meeting, 1999, Vancouver, Canada.

Klaus, Václav: *Země, kde se již dva roky nevládne*, Centrum pro ekonomiku a politiku, Praha, 1999.

Langhans, Daniel: *Die soziale Marktwirtschaft und ihre geistigen Grundlagen*, Referat aus deutsch-tschechischem Jugendseminar des Arbeitskreises Sudetendeutscher Studenten (ASST), Ostrava, 5.–7. 4. 1991.

Lewandowski, Janusz; Szomburg, Jan: *Property Reform as a Basis for Social and Economic Reform*, *Communist Economies*, Vol. 1, No. 3, Gdansk University, Gdansk, 1989.

Lewandowski, Janusz; Szomburg, Jan: *Arbeitsversion des Forschungsprojektes: Transformation Model of Polands' Economy*, Research Center for Marketization and Property Reform, Gdansk, 1995.

Mises, Ludwig von: *Human Action – A Treatise on Economics*, Yale University Press, 1949.

Müller-Armack, Alfred: *The Social Aspect of the Economic System*, 18 & 22, 1947, in *Standard Texts on the Social Market Economy*, Gustav Fischer, New York, 1982.

Müller-Armack, Alfred: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik, Hamburg, 1948.

Niskanen, William A.: *The Soft Infrastructure of a Market Economy*, *The Cato Journal*, Fall 1991, Vol. 11, No. 2.

Pavlík, Ján (ed.): *Milton Friedman v Praze – myšlenky, názory, komentáře*, Liberální institut, Praha, 1998.

Pavlík, Ján: *On Market Consequences of Post-Communist Immorality*, in: *E-Logos – Electronic Journal for Philosophy/99*, VŠE Praha, ISSN 1211-0442.

Röpke, Wilhelm: *Welfare, Freedom and Inflation (1957)*, University of Alabama Press, Tuscaloosa, 1964.

Schwarz, Jiří (ed.): *Hayek Semper Vivus*, Liberální institut, Praha, 2000.

Siedel, Hans: *Sozialpartnerschaft unter Anpassungsdruck*.

Sylla, Jan: *Problémy legislativy ČR a východiska pro jejich řešení*, internes, nicht veröffentlichtes Material, 2001.

*Reform und Transformation*

Šíma, Josef; Šťastný, Dan: *A Laissez-Faire Fable Of the Czech Republic*, *Journal of Libertarian Studies*, Volume 14, Ludwig von Mises Institute, 2000, S. 155–178.

Šíma, Josef (ed.): *Roger Douglas – tvůrce nejúspěšnější hospodářské reformy XX. století*, Liberální institut, Praha, 1999.

Tietmeyer, Hans: *50 Jahre Deutsche Mark – Vom Wirken einer Währung*, *Ansprache auf dem Festakt „50 Jahre Deutsche Mark“*, Frankfurt am Main, Juni 20, 1998.

Watrin, Christian: *Europe's „New“ Third Way*, *Heritage Lectures*, The Heritage Foundation, No. 634, May 7, 1999.

Watrin, Christian: *Soziale Marktwirtschaft – Was heisst das?*, *Dresdener Kathedralvorträge*, Heft 3, Bonifatius, Paderborn, 1990.

## MIROSLAV ŠEVČÍK

### WIRTSCHAFTSTRANSFORMATION IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK KOLLEKTIVISMUS UND PATERNALISMUS VERSUS INDIVIDUALISMUS

Das vergangene Jahrhundert bot unzählige Gelegenheiten zur Schaffung, wie auch zur Überprüfung von Möglichkeiten zur Applikation neuer Wirtschaftskonzeptionen. Diese hatten häufig die Ambition Probleme zu lösen, in die die einzelnen Wirtschaftssysteme oftmals durch vorangegangene unangemessene und der Situation nicht entsprechende Eingriffe der Staate, bzw. Geltendmachung von machtpolitischen Interessen der internationalen Großmächte (faschistische, kommunistische und andere Bewegungen) gelangten.

Denken wir nur an den Übergang von der Friedenswirtschaft, die zum Großteil bereits auf den Pfeilern der Marktwirtschaft basierte, in die Kriegswirtschaft während des ersten und zweiten Weltkrieges. Nach Beendigung dieser Kriegskonflikte folgte ein langwieriges und dornenreiches Suchen nach einem optimalen Weg zur Erneuerung der Wirtschaft.

Denken wir ferner an die falsche wirtschaftspolitische Analyse von Ursachen des Entstehens der Großen Depression Ende der zwanziger und Beginn der dreißiger Jahre. Diese fehlerhafte Analyse war auch eine der Ursachen für die Verbreitung der keynesianischen Doktrin, die sich auf die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft stützt.

Das gesamte Jahrhundert war dann von den kollektivistischen Visionen geprägt, die sich einmal auf die faschistische Ideologie stützten, zum anderen versteckten sie sich dann wieder unter dem Deckmantel von sozial-solidarischen Systemen, oder von Systemen, die zu einem besseren kommunistischen, bzw. sozialistischen Morgen führen sollten.

Sowohl Deutschland als auch die Tschechische Republik mussten die Folgen der Verwirklichung dieser Visionen überwinden,

da verschiedene soziale Ingenieure unterschiedlichster Provenienz die Wirtschaft durch ihre Einfälle nahe des Ruins trieben.

Bei einem Vergleich der Prozesse, die Deutschland und die Tschechische Republik bei der Erneuerung ihrer Wirtschaften durchmachen mussten, sind nur einige der durchgeführten Schritte ähnlich. Unterschiedlich waren die Ausgangssituationen in beiden Ländern. Sie unterschieden sich sowohl quantitativ - z. B. unterschiedliche Ausgangsbasis der Produktion, unterschiedliche Ausgangsbasis der sozial-wirtschaftlichen Kennziffern, als auch qualitativ - eine andere subjektiv psychologische Situation der einzelnen Personen, andere Motivationen u. ä.

In Deutschland wurde die Bevölkerung durch den verlorenen Krieg dezimiert - in der Tschechischen Republik war ein Teil der Bevölkerung durch die wirtschaftliche und persönliche Unfreiheit frustriert, ein anderer Teil der Bevölkerung durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse, wie durch das „sozialistische Recht auf Arbeit“ und zugleich aber auch durch die "sozialistische Arbeitseinstellung" ausgiebig „verwöhnt“.

In Deutschland wurde zum Beispiel die Währungsreform durchgeführt, durch die die Spareinlagen entwertet, aber zugleich die Firmen und der Staat teilweise schuldenfrei gemacht wurden. In der Tschechischen Republik war zu Beginn der neunziger Jahre eine ähnliche Maßnahme politisch schwer durchführbar, ja sogar undenkbar. Nicht einmal für eine Übergangszeit kam es zu einem massiven Anstieg der Inflation (wie beispielsweise in Polen oder in Ungarn), was zwar in der Tschechischen Republik nicht zu einer Entwertung der Einlagen der Bürger, zugleich aber auch nicht zur Eliminierung der Verschuldung der Unternehmenssphäre führte.

**Vereinfacht gesagt führten die Prozesse in beiden Ländern oder sollten führen zur Schaffung einer freien Wirtschaftsordnung, die auf:**

- dem Wettbewerb,
  - dem selbständigen Handeln des Menschen und
  - seiner persönlichen Verantwortung
- beruht.

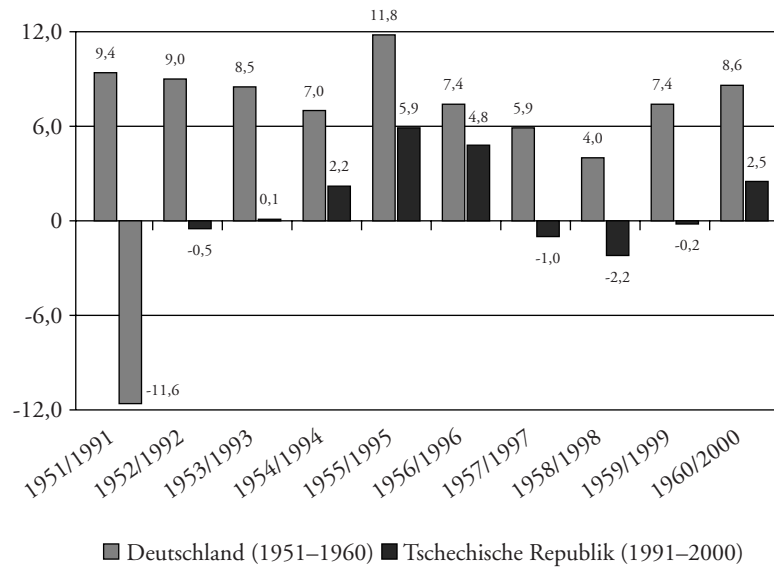
**Dazu sollte der Staat eine Rechtsordnung schaffen, die den Einzelnen nicht schikanieren sollte.**



Reform und Transformation

Interessant ist der Vergleich der zehnjährigen Erneuerung in Deutschland und die zehnjährige Transformation in der Tschechischen Republik aufgrund von makroökonomischen Kennziffern. Siehe nachstehende Tabellen und Diagramme.

Jahreszuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes in Tschechien und in Deutschland



Quelle: ČSÚ, Statistisches Bundesamt

Durchschnittliches Tempo des jährlichen Zuwachses des realen BIP in %

Deutschland		Tschechische Republik	
1950-1955	+ 9,5	1991-1995	- 0,8
1956-1960	+ 6,3	1996-2000	+ 0,8

Quelle: ČSÚ, Statistisches Bundesamt

Reform und Transformation

Entwicklung der Arbeitslosenquote

Deutschland		Tschechische Republik	
1950	11 %	1991	4,1 %
1954	7,6 %	1995	2,9 %
1960	pod 1 %	2000	8,8 %

Quelle: ČSÚ, Statistisches Bundesamt

Entwicklung der Reallöhne

Deutschland (1950 = 100)		Tschechische Republik (1990 = 100)	
1955	136,6	1995	98,5
1960	176,8	2000	117,0

Quelle: ČSÚ, Statistisches Bundesamt

Mancher ist mit den angeführten Angaben mehr zufrieden, mancher weniger, mancher ist unzufrieden. Ich versuche meine **abhängige** Sicht über die Ergebnisse der Transformation in der Tschechischen Republik (abhängig aus dem Grund, da ich auf meine, manchmal eventuell auch subjektive Einschätzung der Situation angewiesen bin, die ein anderes Subjekt möglicherweise anders sehen würde), anzudeuten. Ich zähle eher zu den weniger zufriedenen bis zu den unzufriedenen Personen. Nicht nur der Vergleich der oben angeführten Angaben zwingt mich notwendigerweise zu den Schlussfolgerungen, dass die zehnjährige Erneuerung in Deutschland in den fünfziger Jahren weitaus rasanter und erfolgreicher als die Transformation der tschechischen Wirtschaft in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts war.

Die Tschechische Republik schlug den Weg der Rückkehr zur Marktwirtschaft äußerst rasant ein, es hat den Anschein sogar am rasantesten aller Wirtschaften des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Leider geriet die tschechische Wirtschaft nach den ersten Teilerfolgen in eine Transformationsfalle. Und zwar deshalb, da sie vom Weg der verbal proklamierten libe-

*Reform und Transformation*

ralen adjektivlosen Transformation, auf den Weg zur sozialen, sozialen, sozialen und erst ganz zum Schluss der Markt-Transformation abgewichen ist. Leider haben wir nicht aus den Warnungen von F. A. Hayek gelernt, dass das Wort sozial ein Wieselwort ist und zur **trügerischsten** Bezeichnung des ethischen und politischen Wörterbuches im zwanzigsten Jahrhundert wurde. Hier muss hinzugefügt werden, dass dies vor allem nach dem Jahr 1996 durch die politische Situation nach den Wahlen bedingt war.

**Transformationsfalle**

Eine Transformationsfalle ist eine Situation, in die eine Wirtschaft – die von einer zentral, administrativ, direktiv, staatlich, parteiisch, bürokratisch und geplant gesteuerten Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft, die auf dem Prinzip des funktionierenden Rechtsstaates mit standardisiert leistungsfähigen Institutionen basiert, übergeht – gelangen kann und gelangt.

Die Transformationsfalle in der Tschechischen Republik stellt eine Situation dar, unter der existieren

1. eine relativ starke Machtposition des Staates in der Wirtschaft, verbunden mit tagtäglich übermäßigen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft, wodurch die Unternehmensinitiativen der Einzelpersonen begrenzt werden,
2. übermäßige Umverteilung der Finanzmittel durch den Staats-, sowie die öffentlichen Haushalte,
3. unzureichende Rechtsmittel, die Unternehmenstätigkeit stimulieren und die Subjekte schützen würden, die Innovationen entwickeln können,
4. annähernd ein Fünftel von regulierten Verbraucherpreisen (18,32 % Preise des Wägungsschemas),
5. unzureichende Demonopolisierung und Deregulierung der Netzbereiche,
6. unvollendete Privatisierung der Finanzinstitutionen,
7. unvollendete Privatisierung großer Gesellschaften,
8. unzureichende Leistung der staatlichen Institutionen, Institutionen die die Marktwirtschaft unterstützen – sog. institutionelles Versagen und zu hohe Bürokratisierung der Wirtschaft,
9. Absenz eines standardisierten Kapitalmarktes,

*Reform und Transformation*

10. Überbewertung der Teilerfolge in sog. Makroökonomischer Hinsicht in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und Unterschätzung der Probleme im mikroökonomischen (unternehmerischen) Bereich, was sich sowohl bei Firmen als auch bei Kommerzbanken auswirkte.

**Versagen der Institutionen**

Es gibt mehrere Ursachen für die Tiefe des Absinkens der Wirtschaft in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Zu den wichtigsten gehören unzweifelhaft die Fehler der verschiedenen Institutionen.

**I. Parlament**

Die größte Verantwortung für das Verschleppen der Transformation trägt meiner Meinung nach das **Parlament**, dass in den neunziger Jahren häufig nicht sehr qualitäts-gerechte und nicht genügend durchdachte Gesetze verabschiedete. Eine ganze Reihe von Fachleuten bringt ihre Zweifel besonders im Zusammenhang mit den Steuergesetzen, dem Gesetz über Konkurs und Ausgleich, dem Handelsgesetzbuch, der Novellierung des Gesetzes über Investitionsfonds, das Gesetz über die Wertpapierkommission u. ä. zum Ausdruck. Die Gesetze sind nicht nur von mangelnder Qualität, sondern wurden und werden häufig abgeändert und so haben die Unternehmer Probleme mit der Festlegung von Parametern **bei deren Anwendung**, bei der **Formung ihrer Erwartungen** und bei der **Festlegung ihrer unternehmerischen Ziele**.

Als rigide wird die Vorbereitung und **Erarbeitung des Staatshaushaltes** erachtet. Die Aufwendungen des Staatshaushaltes entsprechen in keinem Fall dem Modell einer funktionierenden liberalen Wirtschaft, für welche unsere Wirtschaft noch bis vor kurzem gehalten wurde. Im Gegenteil, dank dessen, dass es nicht zu Änderungen in den Haushaltsrichtlinien kam, erinnert ein bestimmter Teil der Aufwendungen (besonders der vorgeschriebenen Aufwendungen) äußerst stark an die aufgeblasenen und üppig wuchernden Staatshaushalte der sogenannten Wohlfahrtsstaaten. Mit dem Unterschied, dass unsere Wirtschaft sich einen derartigen Luxus aus Gründen der relativ geringen Leistungsfähigkeit langfristig nicht leisten kann. Das Parlament schuf keine standardisierten Rechtsmittel für ein rationelles Funktionieren der Marktwirts-



chaft. **Die Abgeordneten unterlagen sehr bald den verschiedenen Druck ausübenden Interessengruppen. Die Schuld fällt auf alle ehemaligen, wie auch auf die derzeitigen Oppositions- und Regierungsparteien.**

## *II. Tschechische Nationalbank*

Am zweiten Platz trägt die Schuld an dem tiefen Rückgang der Wirtschaft der Tschechischen Republik die **Tschechische Nationalbank**, vor allem wegen der nicht besonders gelungene Währungs politik, die sie seit dem Jahre 1996 betreibt. Das Schuldmaß der Zentralbank besteht in der nicht sehr glücklichen **Erteilung von Banklizenzen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre** und darin, dass sie **nicht in der Lage war eine standardisierte Bankaufsicht** über das Funktionieren der Kommerz- und Gewerbebanken **zu schaffen**. Die Zentralbank setzte ihre Irrtümer aus dem Jahr 1996, da sie **zu restriktiv** bei der Festlegung der Höhe der Basiszinssätze und bei der Festlegung der gesetzlichen Rücklage für die Kommerzbanken vorging, auch in den Jahren 1997 und 1998 vor allem dadurch fort, dass sie nicht rechtzeitig den Währungskurs freigab und weil sie auf ihrer unsinnigen Währungspolitik viel zu lange beharrte. Die Freigabe der Zinssätze erfolgte erst mit einer Verspätung von 6–12 Monaten gegenüber dem Verhalten der realen Wirtschaft. Die Verschuldung der Zentralbank kann fast nicht wegdiskutiert werden und ist an der konkreten Situation einer ganzen Reihe von Firmen schuld, die nicht in der Lage waren die hohen Zinssätze, bzw. Zinsen zu bezahlen und ihnen bereits überhaupt keine freien Mittel mehr für die Tilgung verblieben, wodurch auch die einzelnen Kommerzbanken in den Teufelskreis schwerwiegender Probleme gerieten. Die Zentralbank hat ebenfalls wiederholt ihre Inflationsziele zu hoch angesetzt und nicht erreicht und verschuldete, dass praktisch über ein Jahr lang eine Deflationsumgebung (gemessen an der Entwicklung der sog. Netto-Inflation) in der tschechischen Wirtschaft existierte, die für den derzeitigen Stand der Wirtschaftstransformation weitaus gefährlicher als die Inflation war. Die Tschechische Nationalbank kann dabei dank deren Rechtsbefugnisse als die stärkste Wirtschaftsinstitution im Staat erachtet werden.

## *III. Regierung*

An dritter Stelle des Versagens der Institutionen nenne ich die **Regierung**, beginnend bei der von Professor Klaus und endend bei der derzeitigen sozialistischen Regierung.

Höchstwahrscheinlich war einer der größten Fehler hinsichtlich der langfristigen Entwicklung die Aufstellung von zu optimistischen Erwartungen, vervielfacht durch unentwegte positive verbale Einschätzung des Transformationsprozesses. Anschließend erfolgte dann die **„wörtliche Beendigung der Transformation“** aus den Mündern der bedeutendsten Politiker dieser Zeit und noch später das schrittweise Ablegen der rosaroten Brille und das Aufsetzen einer Brille mit immer dunkleren Gläsern. Die Entwicklung fand dann zur Zeit vor den Wahlen 1998, durch Aufsetzen einer Schweißbrille mit schwarzem Gläsern ihren Höhepunkt, durch die eine Zeit lang bei künstlich hervorgerufenen blöden Stimmung, fast überhaupt nichts zu sehen war. Es wurden so übertrieben negative Erwartungen und eine Schwarzmalerei der Welt um uns herum geschaffen. Dies gelang vor allem den Sozialisten in den Jahren 1996–1998.

Ein Fehler der Regierung bestand vor allem in der nicht durchgeführten und dann noch weiter verzögerten Privatisierung des Bankwesens, praktischen Einstellung des Privatisierungsprozesses von Großbetrieben, es wurde nicht rechtzeitig die Deregulierung der Monopole, vor allem der Netzbereiche durchgeführt und es erfolgte auch keine **Änderung der Haushaltsrichtlinien**. Die letzte Regierung schuf Bedingungen für äußerst starke Korruptionsbedingungen. Es werden Auswahlverfahren umgangen, es verlaufen seltsame Privatisierungsprozesse und der Staat half mit bei der feindlichen Übernahme von einer Privatbank durch andere Privatsubjekte.

## *IV. Gerichte und repressive Bestandteile*

Die Unabhängigkeit der Richter war nicht, wie viele glaubten, durch deren Ernennung in die Funktion auf Lebenszeit abgesichert. Zu den weiteren Problemen in diesem Bereich zählt die mangelnde Bildung verschiedener Personen in den repressiven Bestandteilen der Staatsmacht, deren Politisierung und oftmalige Verteidigung der Interessen einer eng begrenzten Interessengruppen.

*Reform und Transformation*

Die Unzulänglichkeiten in der Gesellschaft stehen auch im Zusammenhang mit der trägen Tätigkeit der Richter und deren relativen Unantastbarkeit für nicht qualitätsgerecht geleistete Arbeit, die sich in ihre "Unabhängigkeit" hüllen. Häufig kommt es zu diametral unterschiedlichen Auslegungen von schlechten Gesetzen.

Nicht zuletzt sind diese staatlichen Institutionen durch Korruption verseucht.

**V. Präsident**

Der Präsident ist an der Schaffung der „blöden Stimmung“ mit beteiligt.

Außerdem beteiligte er sich unmittelbar und beteiligt sich an ernsthaften Problemen im Banksektor. Er allein war es, wer den Gouverneur der Tschechischen Nationalbank, sowie den gesamten Bankrat ernannte, er ernannte die Mitglieder der Wertpapierkommission. Seine Schuld am Entstehen des von ihm bezeichneten „Mafia-Kapitalismus“ ist aus dieser Sicht nicht anzuzweifeln.

**VI. Privatisierung – Versagen oder Unverständnis?**

Als eine der Ursachen des unerfreulichen Standes der tschechischen Wirtschaft wurde der Privatisierungsprozess erachtet. Ich bin kein glühender Vertreter der Kuponmethode der Privatisierung, aber bei deren Einschätzung wird häufig eher eine Gehirnwäsche mittels oftmals unsinniger Ausfälle seitens der Sozialisten über den angeblich größten Raub des Jahrhunderts angewandt, als überzeugende Argumente.

Früher bekannten sich zahlreiche Ökonomen zur Vaterschaft über die Kuponprivatisierung, heute scheint es so, als ob es nicht einmal einen Adoptivvater gibt, es scheint so als ob alle verschwunden sind.

Eine rationell denkende Person weiß jedoch, dass es nicht viele Möglichkeiten zur Privatisierung der tschechischen Wirtschaft gab.

1. Zuvor muss man sich bewusst machen, dass im Gegensatz zu anderen transitiven Wirtschaften sich **bei uns fast 100 % der Firmen in der Hand des Staates** befand. In der Tschechoslowakei existierte fast überhaupt keine Tätigkeit im Privatsektor. Ein vergleichbares Verhältnis existierte lediglich in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. In den umliegenden Ländern, zum Beispiel

*Reform und Transformation*

in Ungarn, existierte ein Privatsektor beim Handel, in einer ganzen Reihe von Bereichen der Landwirtschaft, in Polen war es fast die gesamte Landwirtschaft, in den Ländern des ehemaligen Ostdeutschlands gab es private Dienstleistungen, teilweise auch Geschäfte und Gewerbetreibende.

2. Die Kritiker der Privatisierung, besonders der Kuponprivatisierung, vergessen häufig, dass zu Beginn der Privatisierung bei uns eine ungeheure **Aversion gegen das ausländische Kapital** existierte, da sowohl der Normalbürger, als auch die Politiker Befürchtungen vor einem "Ausverkauf des Landes" durch die Ausländer hatten. Sie vergaßen dabei, dass das Auslandskapital in anderen hochentwickelten Marktwirtschaften oftmals mehr als die Hälfte des Eigentums darstellt. Die Befürchtung des Ausverkaufs war einer der Gründe, weshalb die Privatisierung mittels ausländischer Investoren in massiverer Weise nicht gangbar war.

3. Ein noch schwerwiegenderes Argument besteht darin, dass das **Auslandskapital in keinem Fall daran interessiert war, eine so große Anzahl von Betrieben zu privatisieren**. Es hatte und hat nur an den lukrativsten Betrieben Interesse, die man sehr schnell in die internationalen Märkte eingliedern kann und deren Erzeugnisse konkurrenzfähig sind und im harten Wettbewerb bestehen.

4. Andere Privatisierungsmethoden scheiterten an **unzureichendem Eigenkapital** und an fehlenden freien Mitteln der einheimischen Banken, die sie bei den standardmäßigen Privatisierungsmethoden hätten verwenden können, besonders dann bei den überhöhten Preisforderungen der Staatsbeamten bei den Preisen, für die so verkauften Firmen.

5. Nicht zuletzt wird ebenfalls vergessen, dass bei einer anderen Art der Privatisierung **auf keinen Fall eine so hohe Bevölkerungszahl** hätte teilnehmen können, wie sie sich eben an der Kuponmethode beteiligte.

Selbstverständlich muss man sich bewusst machen, dass eine Reihe davon, möglicherweise Zehntausende mit ihren Investitionen nicht zufrieden waren, dass eine Reihe davon sogar die tausend Kronen einbüßte, die sie für die Registrierung ihres Kuponheftes bezahlten. Auf der anderen Seite gibt es jedoch Tausende möglicherweise Hunderttausende zufriedene Investoren, oder es gab zufriedene Investoren bis zu dem Zeitpunkt, da sie durch die

*Reform und Transformation*

unsinnigen Ausfälle seitens der Sozialisten einer Gehirnwäsche unterzogen wurden. Diese Investoren konnten sich ihren Lebensstandard zum Teil durch den Umtausch der so gewonnenen Wertpapiere gegen Bargeld verbessern.

Leider setzten nach Beendigung der Kuponprivatisierung nicht bestimmte Prozesse ein, die durch die Legislative hätten unterstützt werden sollen und die zu einer schnelleren Restrukturierung der Betriebe, zur schnelleren Konzentration des Eigentums, zur schnelleren Sanierung der Betriebe, eventuell auch zu deren möglichen Säuberung von unproduktiven Erzeugnissen, bzw. unproduktiven Leistungen, geführt hätten.

Vergessen wir nicht, dass sich zirka 2000 Betriebe ganz oder zum Teil an der Kuponprivatisierung beteiligten. Dies war ein Umfang von ungefähr 350 Mrd. Kč und an der gesamten Privatisierung mittels der Kuponmethode, beteiligte sich nicht einmal die Hälfte des privatisierten Vermögens. Langfristig betrachtet sind die Ergebnisse der Privatisierung mittels standardisierter Methoden, bzw. deren Übergewicht bei der Privatisierung, weitaus problematischer. Interessant ist hier auch der Vergleich mit dem Privatisierungsprozess in Deutschland. Die dortigen Privatisierungsaufwendungen betragen zirka **1.300–1.500 Mrd. DM** (Graf Otto von Lambsdorff, Prag 9/99). Zum Vergleich: Das BIP der Tschechischen Republik in der Preisrelation des Jahres 2001 betrug **1.984 Mrd. Kč**.

**VII. Die Andeutung eines Ausweges aus der Transformationsfalle umfasst mindestens folgende Maßnahmen:**

- **Verringerung der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, Deregulierung aller Wirtschaftszweige,**
- **Entbürokratisierung der Wirtschaft,**
- **Teilprivatisierung der Staatsverwaltung,**
- **die radikalen Reformen der öffentlichen Finanzen umfassen:**
- **radikale Änderung des Steuersystems,**
- **Reform der Rentensysteme,**
- **Reform der Richtlinien zur Erarbeitung des Staatshaushaltes und Änderung der Bestimmungen für die Zuordnung der Steuern,**
- **Änderungen in den Berechnungen der Sozialzahlungen,**

*Reform und Transformation*

- **Senkungen der Mandats- (d. h. vorgeschriebenen) und Pseudomandatsaufwendungen des Staatshaushaltes,**
- **Änderung der Währungspolitik der Tschechischen Nationalbank,**
- **Beendigung der Privatisierung der Staatsbetriebe,**
- **Liberalisierung der Netzbereiche,**
- **Vereinfachung und nicht zuletzt die Stabilisierung der Gesetzgebung und Verbesserung der Einforderung des Rechtes,**
- **engerer Anschluss und Zusammenarbeit mit den EFTA Ländern,**
- **Auflösung der Gebietsverwaltungseinheiten (tschechische Abkürzung: VÚSC) und Einführung der Aufgliederung in Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien, Prag).**

Zu den weiteren Bedingungen zum besseren Gang der tschechischen Wirtschaft zähle ich die Auflösung von Gebietsverwaltungseinheiten (VÚSC). Es ist nicht notwendig die Reform der Staatsverwaltung mit einer weiteren Bürokratisierung der Gesellschaft und Schaffung weiterer Institutionen zu verbinden. Für Projekte die mehr die Gemeinden betreffen können ad hoc wesentlich billigere Vereinigungen von Gemeinden, bzw. der derzeitigen Kreise, geschaffen werden. Die Größe unseres Landes, dessen Einwohnerzahl und der gesunde Bauernverstand besagen, dass die Schaffung einer weiteren Struktur überflüssig ist. Es halten auch eine Reihe von Argumenten nicht stand, die im Zusammenhang mit unserer schrittweise Eingliederung in die EU nach höheren Gebietsverwaltungseinheiten rufen.

Bis zur Beendigung des Transformationsprozesses in der Tschechischen Republik ist es noch ein weiter Weg. Unter der derzeitigen Situation können wir grundlegende Änderungen erst in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts erwarten.